

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

9/2011 · 28. Februar 2011



Irak

Henner Fürtig

Der Irak als demokratischer „Musterstaat“ in Nahost?

Karin Mlodoch

Vergangenheitsbewältigung im Irak

Birgit Svensson

Von Frühling und Herbst der Pressefreiheit im neuen Irak

Ferhad Ibrahim

Zerstörung der ethnischen und religiösen Vielfalt

James Dingley

Kurdistan zwischen Autonomie und Selbstverantwortung

Lamis Andoni

Hat die arabische Welt den Irak vergessen?

Loay Mudhoon

Aufstieg neuer Mächte in der Golfregion

Editorial

Im März 2010 waren 28 Millionen Irakerinnen und Iraker aufgerufen, zum zweiten Mal seit dem Sturz des Diktators Saddam Hussein das Parlament zu wählen. Iyad Allawi, ein säkularer Schiit, gewann mit seiner „Irakischen Allianz“ (*Iraqiyya*) mit zwei Sitzen Vorsprung vor Nuri al Malikis „Rechtsstaatskoalition“, einem Zusammenschluss von mehrheitlich schiitisch geprägten Gruppen. Nach langwierigen Verhandlungen über eine Regierungskoalition setzte sich Maliki durch und wurde im Dezember 2010 erneut als Ministerpräsident vereidigt. Seine „Regierung der nationalen Einheit“ hält 293 von insgesamt 325 Sitzen und soll sicherstellen, dass alle Ethnien und Konfessionen eingebunden werden.

Die Regierung formuliert die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Sicherheitslage als vorrangiges Ziel. Denn vielerorts sind die öffentliche Infrastruktur wie auch die Grundversorgung mit Wasser und Strom in einem schlechteren Zustand als vor 2003. Auch das ausbleibende Wirtschaftswachstum und die grassierende Arbeitslosigkeit erschweren – mit Ausnahme der Autonomen Region Kurdistan – die Lebensumstände. Dies wird überlagert von der chronisch instabilen Sicherheitslage: Während in den vergangenen Jahren vor allem Schiiten und die ausländischen Truppen das Ziel von Anschlägen waren, sind es heute vermehrt Christen und andere nichtmuslimische Gruppen.

Dass die Herausforderungen nur durch eine konfessionsübergreifende Zusammenarbeit bewältigt werden können, ist eine Binsenweisheit. Dieser steht das gegenseitige Misstrauen und der Wunsch der verschiedenen Gruppen nach Selbstbestimmung gegenüber, die unter anderem auf ihren massiven Gewalterfahrungen unter Saddam Hussein beruhen. Der Aufbau einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis der Opfer nach Anerkennung, Entschädigung und Gerechtigkeit einerseits und der Notwendigkeit einer politischen Aussöhnung mit den Tätern andererseits. Die Verbrechen gilt es, aufzuklären, aufzuarbeiten und vielleicht sogar zu bewältigen.

Asiye Öztürk

Henner Fürtig

Der Irak als demokratischer „Musterstaat“ in Nahost? Eine Zwischenbilanz

Zur Erinnerung: Wenige Wochen vor dem Militärschlag gegen das irakische Baath-Regime zog die US-Regierung weitreichende

Henner Fürtig

Dr. phil. habil., geb. 1953; Professor für Nahoststudien am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Direktor des GIGA-Instituts für Nahoststudien, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg. fuertig@giga-hamburg.de

der Schlussfolgerungen aus der bis dahin wenig überzeugenden Legitimierung des Krieges gegen ein souveränes Mitglied der Vereinten Nationen. Da weder die vermuteten Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden noch gemeinsame Terrorpläne von Saddam Hussein und Usama bin Ladin bewiesen werden konnten, lief der geplante Krieg Gefahr, mangels stichhaltiger Begründung „auszufallen“. Aus dieser Notsituation heraus wurde knapp drei Wochen vor Kriegsbeginn ein dritter Grund für den Waffengang angeführt: dem irakischen Volk Freiheit und Demokratie zu bringen.

Die Rede von US-Präsident Georg W. Bush vor dem konservativen American Enterprise Institute am 26. Februar 2003 kann in dieser Hinsicht als Schlüssel gelten. Der entscheidende Satz lautete, dass „ein neues Regime im Irak (...) als ein dramatisches und inspirierendes Beispiel der Freiheit für die anderen Nationen der Region wirken“ würde.¹ Der als ausgesprochener „Falke“ bekannte damalige stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz wurde im März des Jahres noch deutlicher: „Der Irak wird die erste arabische Demokratie sein, und selbst kleine Fortschritte dort werden einen sehr langen Schatten werfen; zuerst auf Syrien und Iran und

dann auf die gesamte arabische Welt.“² Mit diesen Proklamationen stellte sich die US-Regierung allerdings auch unter erheblichen Zugzwang. Erstens blieb nun die Demokratisierung als einziger Kriegsgrund übrig, und zweitens blickte jetzt nicht nur die arabische, sondern die gesamte Welt auf den Fortgang des irakischen Experiments. Der relativ leichte militärische Sieg über Saddam Hussein konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der weitaus schwierigere Part in der Stabilisierung und der apostrophierten demokratischen Neugestaltung lag. Hier würde sich entscheiden, ob aus dem *Sieg* ein *Erfolg* wird, wie Jessica Mathews, die Präsidentin der Carnegie-Stiftung, anschaulich formulierte.³

Wunschdenken dominiert den Demokratisierungsversuch

Ein gemeinsamer Nenner der ansonsten tief gespaltenen irakischen Exilopposition bestand in der Zustimmung zu einer externen militärischen Intervention, wenn am Ende der Sturz des verhassten Saddam Husseins stünde. Da sich diese Einschätzung reibungslos in die Planungen der Bush-Regierung einfügte, wurde ein folgenschwerer Automatismus in Gang gesetzt. Washington glaubte an die selbstverordnete Befreiungsmision und erwartete die Unterstützung der irakischen Bevölkerungsmehrheit. Die Exilopposition bestärkte die US-Politiker in dieser Ansicht und stellte sich als die Institution dar, die nach dem Regimewechsel problemlos für stabile und pro-westliche Machtverhältnisse im Irak sorgen könnte.

Aus diesen Gründen sah der ursprüngliche Plan der US-Regierung die relativ rasche Übertragung der Macht an die namhaftesten Exilpolitiker vor. Das Konzept basierte nicht zuletzt auch auf in Grenada und Panama gewonnenen Erfahrungen, wo sich die USA nach Militärinterventionen rasch zurückgezogen hatten, um wohlgesonnenen einheimischen Politikern die Verantwortung für ein funktionierendes Alltagsleben zu über-

¹ Rede des US-Präsidenten Bush online: www.guardian.co.uk/world/2003/feb/27/usa.iraq2 (18. 1. 2011).

² Zit. nach: Milan Vesely, *Debunking the Domino Theory*, in: *The Middle East*, (2003) 334, S. 21.

³ Vgl. Jessica T. Mathews, *Now for the Hard Part*, in: dies. (ed.), *From Victory to Success. Afterwar Policy in Iraq*, Washington, DC 2003, S. 51.

tragen. Der erste US-Zivilverwalter für den Irak, Jay Garner, versprach in diesem Sinne die Schaffung einer Regierung „mit irakischem Gesicht“ bis Mitte Mai 2003.[¶] Da war er aber bereits entlassen und durch Paul Bremer ersetzt worden. Der Vorgang ging weit über einen bloßen Personalwechsel hinaus. Er symbolisierte vielmehr das Scheitern des gesamten Konzepts.

Rückbesinnung auf überkommene Herrschaftsmethoden

Bekanntlich griffen nach dem Sturz Saddam Husseins Chaos und Anarchie um sich, die USA liefen Gefahr, den militärischen Sieg binnen Wochen auf politischem Terrain zu verspielen. Paul Bremer und die von ihm geführte US-Zivilverwaltungsbehörde (*Coalition Provisional Authority*, CPA) verkörperten somit den Versuch, durch die Direktverwaltung Herr der Lage im Irak zu bleiben. Jetzt zeigte sich aber auch auf eklatante Weise das Fehlen eines Alternativplanes für die politische Rekonstruktion des Iraks. Im Gegensatz zur soliden Vorbereitung des Militärschlags waren die Vorkehrungen für die Zeit nach dem Sieg faktisch nicht über das beschriebene Szenario einer Machtübergabe an pro-amerikanische, einheimische Politiker hinausgegangen. Nicht nur, dass kein Konzept für die Direktverwaltung existierte, es war aufgrund der Komplexität der Aufgabe auch nicht kurzfristig zu erstellen. In ihrer Not besann sich die CPA auf das Instrumentarium der Briten, der faktischen Herren im Irak zwischen 1920 und 1958, womit sie – wenn auch unfreiwillig – die irakische Wahrnehmung einer erneuten Fremdherrschaft verstärkte.

Die mit Abstand folgenschwerste Parallele zum britischen Vorgehen manifestierte sich in dem Versuch der CPA, die Teile-und-Herrsche-Politik entlang ethnischer und konfessioneller Trennlinien wiederzubeleben. 1920 hatte die sunnitisch-arabische Minderheit der Iraker (etwa 20 Prozent) versucht, ihre unter den Osmanen erworbene privilegierte Stellung beizubehalten, während die schiitische arabische Mehrheit (etwa 55 Prozent) nach einem Ende ihrer jahrhundertelangen Diskriminierung strebte. Die Kurden (etwa 25 Prozent) erhofften dagegen die Bildung ei-

nes eigenen Staates und wollten keinesfalls in einem arabisch dominierten Irak leben. Die erfahrene britische Kolonialmacht blieb auch im Irak bei ihrer erprobten Herrschaftsmethode der Unterstützung von Minderheiten gegen die Mehrheit: Sie setzte also die Privilegierung der arabischen Sunniten fort. Als seien 80 Jahre folgenlos vergangen, besetzte die CPA am 13. Juli 2003 den *Interim Governing Council* (IGC), die erste irakische Selbstverwaltungsinstitution nach dem Regimewechsel, nach einem strikten ethnisch-konfessionellen Proporz.[¶] Der Proporz war für alle weiteren administrativen Einrichtungen bis zu den Wahlen von 2005 verbindlich, wirkte aber auch darüber hinaus nachhaltig weiter.

Der unmittelbar intendierte Zweck, das Ausspielen der ethnischen und konfessionellen Gruppen gegeneinander für die eigene Machtsicherung zu nutzen, funktionierte – im Gegensatz zu den 1920er Jahren – nicht einmal in Ansätzen. Die von den Briten favorisierten arabischen Sunniten hatten das gerade gestürzte Baath-Regime getragen; die arabischen Schiiten waren ob ihres numerischen Übergewichts nicht auf US-Unterstützung angewiesen und wurden zudem verdächtigt, iranische Interessen zu bedienen. Die Kurden zeigten sich zwar überwiegend loyal, mit ihnen allein war aber kein irakischer Nationalstaat wiederzubeleben. Nicht genug, dass Ethnisierung und Konfessionalisierung der politischen Landschaft keine Vorteile für die CPA mit sich brachten; sie spitzten innergesellschaftliche Widersprüche zu und bewirkten so eine rasante Zunahme des innerirakischen Gewaltpotenzials.

Je deutlicher ethnische und/oder religiöse Faktoren das politische und gesellschaftliche Leben bestimmten, desto seltener beriefen sich die Menschen auf Programme und Ideen, um Interessen zu artikulieren und auszuhandeln beziehungsweise gegeneinander in Stellung zu bringen, sondern desto ausschließlicher bemühten sie dazu Glauben und Herkunft. Das führte zwangsläufig zu einer enormen Verschärfung der politischen Situation, denn Attacken und Wider-

[¶] Dazu gehörten 13 arabische Schiiten, fünf arabische Sunniten, fünf kurdische Sunniten, ein turkmenischer Sunnit, ein Christ (insgesamt 23 Männer und zwei Frauen). Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.7.2003.

[¶] Vgl. Financial Times vom 19.5.2003.

spruch gegen eigene Standpunkte wurden so fast durchweg als grundsätzliche Angriffe auf den jeweiligen Glauben interpretiert. So geriet es zum unheilvollen Brauch, insbesondere religiöse Symbole und Zeremonien des Gegners gewaltsam anzugreifen. Aus der langen Kette blutiger Übergriffe ragt besonders die Zerstörung der den Schiiten heiligen Moschee von Samarra am 22. Februar 2006 heraus, welche den Irak an den Rand des offenen Bürgerkriegs brachte. Im weiteren Jahresverlauf forderten die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen nach Angaben der Vereinten Nationen allein unter der Zivilbevölkerung 34 000 Opfer.¹⁶

Irak an der Wegscheide

Das Jahr 2006 markiert eine erste deutliche Zäsur in der irakischen Entwicklung seit dem Regimewechsel 2003. Es hatte sich klar herausgestellt, dass die Demokratisierung des Landes, also der propagierte Kriegsgrund, bestenfalls nur eine von mehreren Entwicklungsoptionen sein konnte. 2006 erschien der – letztlich im Staatszerfall endende – Bürgerkrieg jedenfalls deutlich wahrscheinlicher. Keinesfalls auszuschließen waren auch eine neue konfessionelle – dieses Mal wohl schiitische – Diktatur und ein trans- beziehungsweise multinationaler „Glaubenskrieg“. Pro und Kontra hielten sich in etwa die Waage.

Schiitische Diktatur: Die bereits im osmanischen Kalifat herrschende Diskriminierung der Schiiten wurde in dem im Jahr 1920 aus den Provinzen Mossul, Bagdad und Basra gebildeten Irak fortgesetzt, obwohl sie die Mehrheit in dem neuen Staat stellten. Der Qualitätsumschwung von Diskriminierung zu massiver Repression und Verfolgung von Schiiten begann jedoch erst mit der Machtübernahme Saddam Husseins im Jahr 1979. Ungeachtet des tatsächlichen Bedrohungspotenzials, das von der im gleichen Jahr siegreichen Revolution im schiitischen Iran für seine Herrschaft ausging, massakrierte er bis zum Kriegsausbruch mit Iran im September 1980 tausende irakische Schiiten „präventiv“ und während des Krieges als „Vergeltung“. Als sie sich nach dem Zweiten Golfkrieg gegen ihn auflehnten, rächte sich Saddam Hussein grausam: Schiiten wurden in großer Zahl umge-

bracht. Es existieren widersprüchliche Zahlen über die schiitischen Opfer des irakischen Diktators (zwischen 290 000 und sechs Millionen¹⁷). In keinem Fall kann es aber überraschen, dass Millionen Schiiten den Sturz Saddam Husseins am 9. April 2003 mit großer Freude feierten. Während Washington angesichts dieser Bilder vor allem die Neuauflage einer Islamischen Republik wie im Nachbarstaat Iran befürchtete, bestand die Hauptsorge der arabischen Sunniten darin, nun erstmals in der irakischen Geschichte von der dominierenden zur diskriminierten Minderheit zu werden.

Die Sorge trübte allerdings das Urteilsvermögen. Allein die Gesetze der Logik sprechen gegen das Vorhandensein eines politisch homogenen „schiitischen Blocks“ von 16 Millionen Menschen, die gemeinsam diktatorisch regieren. Die Schiiten sind politisch, sozial und wirtschaftlich außerordentlich heterogen, sie finden sich in allen sozialen Schichten. Aufgrund der nominellen Mehrheitsverhältnisse in der irakischen Bevölkerung ist nichtsdestotrotz davon auszugehen, dass aus freien und geheimen Wahlen formal schiitische Politiker als Sieger hervorgehen. Das muss wegen der aufgezeigten Unterschiede innerhalb der schiitischen Bevölkerung jedoch keinesfalls Diktatur bedeuten. Natürlich besteht weiterhin die Möglichkeit, dass eine oder mehrere Schiitengruppen und -parteien die genannten Mehrheitsverhältnisse ausnutzen, um ihre Herrschaft irreversibel zu gestalten. Ungeachtet des Grades ihrer Wahrscheinlichkeit kann die Option einer diktatorischen Entwicklung also nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

„Glaubenskrieg“: Der deklarierte „Sieg des Islam“ im Krieg gegen die Rote Armee in Afghanistan bestärkte Al Qaidas Jihadisten in ihrer Überzeugung von den Vorteilen einer Entscheidungsschlacht an einem geografischen Ort. Deshalb strebten sie an, den Irak ab 2003 zum Schauplatz der „Endabrechnung“ mit dem Westen zu machen. Dazu bedurfte es einer Verlängerung beziehungsweise Verstärkung der Instabilität, die es den Besatzungstruppen nicht erlauben würde, das Land zu verlassen. Andauernde chaotische Zustände waren aus ihrer Sicht am ein-

¹⁶ Vgl. CNN vom 17.1.2007.

¹⁷ Vgl. Gerard Alexander, A Lifesaving War, in: The Weekly Standard vom 29.3.2004.

fachsten durch die Nutzung und Schürung des bewaffneten Widerstands ihrer sunnitischen Glaubensbrüder zu erreichen. Al Qaidas Ableger im Irak wurde unter Führung von Abu Mus'ab az-Zarqawi zum Motor und Antreiber von Überfällen auf die Koalitionstruppen, aber auch von Terrorakten gegen die schiitische Bevölkerung. Gerade die Vermengung von transnationalem „Glaubenskrieg“ und Bürgerkrieg trieb den Irak zwischen 2003 und 2006 trotz des Todes von az-Zarqawi am 8. Juni 2006 fast ausweglos dem Staatszerfall entgegen.

Das Wegbrechen und die Eliminierung bisheriger Ordnungsstrukturen nach 2003, insbesondere im Spektrum der arabischen Sunniten, führte in deren Hauptsiedlungsgebieten in und nördlich von Bagdad zu einem Rückfall auf traditionelle, als verlässlich bekannte Institutionen: die dort seit Jahrhunderten siedelnden Stämme. Diese boten Zuflucht und Schutz sowie die Möglichkeit des Widerstands gegen die US-Truppen und die Schiiten. Dieser Widerstand, begleitet und gestärkt von Al Qaida, war zwischen 2003 und 2006 so intensiv, dass die sunnitischen Hauptprovinzen und weite Teile Bagdads für die Zentralregierung und das US-Oberkommando verloren schienen. Die Nachfolger az-Zarqawis gingen aber im Sommer 2006 verstärkt daran, in ihren Operationsgebieten mit drakonischen Methoden ihre Vorstellung von einem islamischen Gemeinwesen durchzusetzen und den irakischen Verbündeten überdies zu bedeuten, dass die transnationalen Ziele Al Qaidas über nationalen Erwägungen stünden.

Die in ihrer Autorität herausgeforderten, vornehmlich ihrer Klientel und bestenfalls dem Irak verpflichteten Stammesführer entschieden sich in dieser Situation nacheinander zu einem Bruch mit Al Qaida. Sie bildeten rasch neue Administrationsorgane, die sogenannten Erweckungsräte (*sabwa*) und organisierten Milizen, die sich demonstrativ „Söhne des Irak“ (*Sons of Iraq*, SoI) nannten. Je mehr Al Qaida auf diese Entwicklung mit Terror reagierte, desto öfter suchten die Erweckungsräte beziehungsweise die SoI die Kooperation mit den bisherigen Gegnern, namentlich den US-Truppen. Ein besseres Verhältnis zum US-Oberkommando versprach darüber hinaus auch erweiterten Spielraum gegenüber der schiitisch dominierten Zentralregierung.

Die bis dahin nicht eben von Erfolg verwöhnten US-Generäle griffen diese Entwicklung nur zu gern auf: Ihre Hauptgegner hatten sich entzweit, knapp 100 000 von ihnen,⁸ die – wenn auch dezentral geführten – SoI-Milizen verstärkten von nun an das eigene Lager. Nicht zuletzt milderte der neue Partner die bisherige Abhängigkeit von den kurdischen und schiitischen Verbündeten. Immerhin erlaubte der massive Umschwung im Kräfteverhältnis nun die Konzipierung und Anwendung einer neuen Taktik, die US-Präsident Bush am 10. Januar 2007 unter der Bezeichnung *Operation Surge* bekannt gab. Nun operierten die US-Truppen mit den weitgehend von den USA finanzierten und ausgerüsteten SoI-Milizen gemeinsam: mit durchschlagendem Erfolg. Die Sicherheitslage in Bagdad und in den fünf vornehmlich von arabischen Sunniten bewohnten Provinzen verbesserte sich spürbar und nachhaltig. Selbst nach dem offiziellen Ende von *Operation Surge* im Juli 2008 bedeuteten die monatlich durchschnittlich 500 bis 700 zivilen Opfer der innerirakischen Auseinandersetzungen im gesamten Jahr 2008 einen Rückgang um mehr als 75 Prozent gegenüber 2006 und 2007.⁹ Der terroristische Untergrund „testete“ die Widerstandskraft der irakischen Regierung danach immer wieder: nicht zuletzt durch gezielte und opferreiche Angriffe während des bis August 2010 abgeschlossenen Abzugs der US-Kampftruppen und des Machtvakuum nach den Parlamentswahlen vom März 2010. Ein Gefährdungspotenzial wie 2006 konnte er jedoch nicht mehr erreichen.

Demokratisierungs- bzw. Konsolidierungsprozess: In der Fülle der seit 2003 eingehenden Meldungen und Informationen über Terror und Gewalt im Irak geriet die Tatsache aus dem Blickfeld, dass bisher auch wichtige Schritte des politischen Rekonstruktionsprozesses gelangen, wenn auch nicht in jedem Fall zum vorgesehenen Datum und mit dem von Washington gewünschten Ergebnis. So markierte die Annahme der Übergangsverfassung (*Transitional Administrative Law*, TAL) im März 2004 das erste Glied in einer längeren „Sicherungskette“ des staatli-

⁸ Vgl. Kenneth Katzman, *Iraq: Post-Saddam Governance and Security*, Washington, DC 2009, S. 24.

⁹ Vgl. Stephen Biddle/Michael E. O'Hanlon/Kenneth M. Pollack, *The Evolution of Iraq Strategy*, New York 2008, S. 31.

Zwischen Demokratie, Machtdiffusion und neuer Autokratie

chen Wiederaufbaus. Erste Wahlen zu einer provisorischen Nationalversammlung fanden im Januar 2005 statt, wobei allerdings auch deutlich wurde, dass die meisten Iraker ihre Entscheidung auf Grund ihrer ethnischen und konfessionellen Zugehörigkeit trafen und weniger auf der Grundlage politischer Sacherwägungen. Dieses Manko bestimmte auch die Diskussion der endgültigen Verfassung, die letztlich aber doch am 15. Oktober 2005 mit knapp 80 Prozent Zustimmung angenommen wurde.

Der Wahlmarathon des Jahres 2005 endete am 15. Dezember mit einem Urnengang, der erstmals kein Provisorium, sondern die Etablierung eines regulären Parlaments zum Ziel hatte. Sowohl die numerischen Mehrheitsverhältnisse als auch das entscheidende Wirken konfessionalistischer Faktoren widerspiegelnd, gewann ein Block schiitischer Parteien beide Wahlen des Jahres 2005. Nach mehreren Anläufen setzte sich der Vertreter der „Partei des islamischen Rufs“ (*Da'wa*), Nuri al-Maliki, als Ministerpräsident durch.

Die Lageberuhigung nach *Operation Surge*, der erfolgreiche Abschluss eines Truppenabzugsvertrags mit den USA (*Status of Forces Agreement*, SOFA) Ende des Jahres 2008, relativ reibungslose Wahlen zu den einflussreichen Provinzräten im Januar 2009 und die Verbesserung der Wahlgesetze zu den Parlamentswahlen im Jahr 2010 (unter anderem wurde eine Personen- statt Listenwahl eingeführt und eine Erhöhung der Sitzzahl auf 325 vorgenommen) haben Optimisten dazu verführt, den Irak nun doch bereits auf dem Weg in die Demokratie zu wännen.

Die Parlamentarier hätten gelernt, politische Konflikte friedlich auszutragen, die Presse sei frei, die Provinzen autonom und die Bevölkerung sei mehr mit der Schaffung von Wohlstand als mit dem „Heiligen Krieg“ beschäftigt.¹⁰ Alle diese Elemente sind durchaus nachweisbar, ihre Verabsolutierung zeichnet jedoch nach wie vor ein falsches Bild. Die tiefen Trennlinien in der irakischen Gesellschaft bestehen weiter, ein Wiederaufflammen flächendeckender Gewalt ist keinesfalls auszuschließen.

¹⁰ Vgl. Fareed Zakaria, In Iraq, an opening for successful diplomacy, in: Washington Post vom 21.12.2009.

Immerhin nahm die Gefahr der Wiederaufnahme einer konfessionellen – dieses Mal schiitischen – Diktatur in dem Maße ab, wie die Rivalitäten innerhalb des Lagers der schiitischen Gewinner des Umsturzes von 2003 zunahmen. Zunächst spitzten sich die Widersprüche zwischen den saturierten, Macht ausübenden Schiitenparteien (*Islamic Supreme Council of Iraq*, ISCI, und *Da'wa*) auf der einen, und – tatsächlichen, oder sich selbst als solche betrachtenden – schiitischen Verlierern des Rekonstruktionsprozesses auf der anderen Seite zu. Letztere werden in erster Linie von dem charismatischen Prediger Muqtada as Sadr und seinen Anhängern (*sadriyyun*) beziehungsweise Milizen („Mahdi-Armee“) repräsentiert. Im März 2008 kam es in der Umgebung von Basra zu einer militärischen Konfrontation zwischen Ministerpräsident Maliki und seinem Herausforderer, die mit einer Niederlage Sadrs und dessen zeitweiligen Exil in Iran endete. Kaum war diese Entscheidung gefallen, brachen die bis dato nur aus pragmatischen Gründen unterdrückten Widersprüche zwischen ISCI und *Da'wa*-Partei offen aus.

Aus Gründen des Ausgleichs im „Schiitenblock“ war Nuri al-Maliki von der kleineren *Da'wa*-Partei und nicht der geistliche Führer des größeren ISCI Ministerpräsident geworden. Im Zuge von *Operation Surge* kompensierte Maliki diese Nachteile zusehends, indem er sich im Verlauf des Jahres 2008 zunehmend als Garant und Sachwalter des Fortbestands des Irak als Zentralstaat gerierte. Durch die militärische Zerschlagung der gefürchteten „Mahdi-Armee“ gewann er bei den Sunniten genauso an Ansehen wie durch die – wenn auch zögerliche – Eingliederung von Erweckungsräten und SoI in staatliche Strukturen. Nicht zuletzt gewann Maliki bei nahezu allen Landsleuten durch seine geschickte SOFA-Verhandlungsführung, insbesondere durch die Festlegung genauer Termine für den US-Truppenrückzug an Statur.

Bei den Provinzratswahlen vom Januar 2009 landete Maliki zwar keinen „Kantersieg“, erzielte aber ein achtbares Ergebnis und überflügelte den ISCI. Trotzdem verschaffte ihm das nur eine kurze Verschnauf-

pause. Anhänger föderaler Strukturen warfen dem Ministerpräsidenten nun verstärkt vor, er revitalisiere das von der Baath-Partei favorisierte Zentralstaatskonzept. Kurdische Politiker verstärkten diesen Vorwurf durch die Klage, Maliki habe die Deeskalation konfessioneller Widersprüche lediglich durch eine Verschärfung ethnischer Gegensätze ersetzt; er konstruiere eine schiitisch-sunnitische arabische Allianz gegen die Kurden. Schiitische Opponenten warfen ihm dagegen das Gegenteil vor: Seine Politik habe dazu beigetragen, aus dem vormals festen Block schiitischer Parteien ein Konglomerat sich erbittert bekämpfender Kleinparteien und einzelner Politiker zu machen. Nutznießer seien die ehemaligen sunnitischen Herren. Die Vorwürfe sprechen von einem andauernden Misstrauen der politisch führenden Kräfte untereinander. Wichtige politische und wirtschaftliche Grundsatzentscheidungen werden dadurch entweder aufgeschoben (wie die territoriale Zugehörigkeit von Kirkuk) oder bis zur Unkenntlichkeit verwässert (wie die Verteilung der Erdöleinnahmen).

Immerhin zeichnet sich seit den Provinzwahlen vom Januar 2009 und insbesondere den Parlamentswahlen von 2010 ein neuer Trend ab. Analysen früherer Wahlverlierer hatten nämlich ergeben, dass die irakischen Wähler das weitgehende Versagen des Staates bei der Erfüllung seiner Kernaufgaben mit dem Wirken der bisher dominierenden ethnisch beziehungsweise konfessionell definierten politischen Kräfte in Verbindung gebracht hatten. Deshalb setzten sie gezielt Schlagworte wie „Stabilität“, „Sicherheit“, „Nation“, „Irak“ oder „Patriotismus“ als Komponenten eines Kontrastprogramms ein. Äußerlich war der Trendwechsel unter anderem am fast völligen Fehlen religiöser Losungen, geistlicher Kandidaten oder verschleierte Frauen im Wahlkampf auszumachen. In der Substanz zeigte er sich im Entstehen bislang unbekannter Wahlblöcke. Hierzu zählen vor allem:

- Die „Irakische Nationalallianz“ (*Iraqi National Alliance*, INA), deren wichtigste Einzelpartei der ISCI unter Ammar al Hakim ist. Als Überraschung galt das Mitwirken von Muqtada as Sadr und seinen Anhängern, hatte er doch den ISCI seit 2003 immer wieder der Kollaboration mit den

USA und der Missachtung irakischer Interessen bezichtigt;

- die „Rechtsstaatskoalition“ (*State of Law Coalition*, SLC), die von Ministerpräsident Malikis *Da'wa*-Partei dominiert wird, aber auch zahlreiche kleinere schiitische wie sunnitische Gruppen und Einzelpersonen umfasst;
- die erst am 16. Januar 2010 offiziell vom früheren, nominell schiitischen Ministerpräsidenten Iyad Allawi gegründete „Irakische Allianz“ (*Iraqiya*); hier fanden die meisten prominenten sunnitischen Parteien und Politiker ihre Heimat;
- die seit den ersten Parlamentswahlen unveränderte „Kurdische Allianz“ aus *Kurdistan Democratic Party* (KDP) und *Patriotische Union Kurdistans* (PUK).

Den besagten Trend verstärkend, erhielten bei den Parlamentswahlen vom März 2010 tatsächlich diejenigen Politiker und Wahlallianzen die meisten Stimmen, welche die Verheißung auf eine Stärkung des irakischen Zentralstaats am glaubhaftesten verkörperten. Demgegenüber verloren mit einer vornehmlich ethnisch beziehungsweise konfessionell definierten Agenda antretende Parteien erheblich und sanken auf das Niveau von Kleinparteien herab.

Trotzdem blieb die ethnische beziehungsweise konfessionelle Grundausrichtung der Wahlblöcke im Grundsatz bestehen: Die Aufnahme von Kandidaten(-gruppen) der jeweils anderen Konfession war kosmetischer Natur. In der Regel folgten die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Stimmabgabe nach wie vor ihrem Glaubensbekenntnis oder ihrer ethnischen Herkunft. Die Kurdische Allianz gewann die kurdischen Stimmen, *Iraqiya* sammelte fast alle sunnitischen Stimmen ein, und die schiitische Bevölkerungsmehrheit verteilte ihre Stimmen dieses Mal zwischen INA und SLC. Fast erwartungsgemäß beschrieb die Unabhängige Hohe Wahlkommission (*Independent High Election Commission*, IHEC) deshalb eine Pattsituation, als sie am 26. März 2010 die Wahlergebnisse verkündete. Demnach hatte die *Iraqiya*-Liste 91 der 325 Sitze gewonnen, knapp gefolgt von Malikis Rechtsstaatskoalition mit 89 Sitzen. Die INA belegte den dritten Platz mit 70 Mandaten, wovon allerdings 39 an die

Sadriyyun entfielen. Die Kurdische Allianz hatte 43 Mandate gewonnen. Die übrigen 32 Parlamentssitze sind an Unabhängige und Splitterparteien sowie – nicht zuletzt – an die Vertreter der Minderheiten gegangen.

Permanente äußere Einflussnahme

Nicht genug, dass dadurch die Regierungsbildung enorm erschwert wurde, auch die Nachbarstaaten mischten sich wieder verstärkt ein. Aufgrund der fundamentalen Bedeutung des Ereignisses hatte der Regimewechsel im Irak schon seit 2003 zu stetigen Bemühungen benachbarter Regierungen geführt, Einfluss auf die irakische Entwicklung zu nehmen. Stand bei den durchweg autokratischen arabischen Nachbarregimes zu Beginn noch die Sorge, die US-Regierung würde im Irak eine die gesamte Region einschließende und auch militärische Mittel nutzende „Demokratieexportinitiative“ beginnen, so änderte sie sich bald in die als nicht minder gefährlich eingeschätzte Frage, ob sich der Irak allein nicht zu einer legitimationsgefährdenden „Modelldemokratie“ entwickeln könnte. Kaum waren diese beiden Hauptsorgen gebannt, legten es die Nachbarstaaten per Saldo auf drei gemeinsame Ziele an: den Irak als Zentralstaat zu erhalten, weil dessen Auseinanderbrechen unmittelbare negative Auswirkungen auf die eigene Stabilität mit sich bringen würde; den irakischen Zentralstaat gleichwohl schwach zu halten, um den durch den Sturz des „Strongman“ Saddam Hussein erworbenen Machtzuwachs nicht wieder zu verlieren; in Bagdad eine Regierung zu etablieren, die eigene Interessen fördert und die der jeweiligen Kontrahenten behindert.

In letztgenannter Hinsicht setzten deshalb nach den Parlamentswahlen vom März 2010 sowohl Syrien als auch Saudi-Arabien und die Türkei auf Iyad Allawi als neuen Ministerpräsidenten. Selbst US-Vertreter gaben inoffiziell zu verstehen, dass ihnen Allawi näher stünde als der bisherige Ministerpräsident Maliki, nicht zuletzt aufgrund von dessen unverändert festen Beziehungen zur Führung in Teheran. Wenig überraschend, lehnte Iran Allawi ab und verfocht das Kontinuitätsprinzip, also eine Fortsetzung der Regierung Malikis.¹¹

¹¹ Vgl. Al-Akhbar vom 27.3.2010.

Das Gerangel fand Ende November 2010 mit dem Beschluss über die Einrichtung eines *National Council for Strategic Policies* (NCSP) unter Führung von Iyad Allawi eine salomonische Lösung. Die neue Körperschaft sollte quasi Vetorecht über Regierungsentscheidungen erhalten und damit kaschieren, dass der stimmenmächtigste Kandidat nicht Regierungschef werden würde. Als der neue und gleichzeitig alte Ministerpräsident Maliki am 19. Dezember 2010 seine 42-köpfige Regierung schließlich vorstellte, waren weder alle Schlüsselressorts besetzt noch die Aufgaben zwischen Regierung und NCSP klar verteilt: Grundlage für andauernde Konflikte in der Zukunft.

Angesichts dieser Situation vermindert sich die Sorge über die weitere Entwicklung Iraks nach dem vollständigen Abzug der US-Truppen 2011 – wenig überraschend – kaum. Irakische Warner befürchten nicht nur ein Wiederaufflammen des Bürgerkriegs, sondern zunehmend auch die Wiederbelebung autoritärer Herrschaftsstrukturen. Da immer noch eine überwiegende Zahl von Arbeitsplätzen direkt oder indirekt vom Staat abhängt, verheißt nur die Kontrolle der Staatsmacht die Generierung von Loyalität in Politik, Wirtschaft und Sicherheit. Die Oppositionsrolle stellt weder gegenwärtig noch in überschaubarer Zukunft eine selbstverständliche Form politischen Agierens dar, sondern sie bleibt „lebensgefährlich“. Jeder Ministerpräsident hat seit 2004 durch brutale „Säuberungen“ vor allem die Sicherheits- und Nachrichtendienste auf sich selbst fokussiert. Auch mittelfristig werden Prätendenten um die Macht im Irak vor allem vom primären Wunsch der Bevölkerungsmehrheit nach Stabilität profitieren. Jahrzehnte von Krieg und Nachkrieg haben zu einer deutlichen Bevorzugung von Sicherheit und Stabilität vor anderen Kategorien wie etwa Demokratie und Freiheit geführt. Derjenige, der dieses Streben nach Stabilität am glaubhaftesten verkörpert, wird sich am Ende im Machtkampf durchsetzen.



Orte	Verwaltung	Grenzen	Verkehr
<ul style="list-style-type: none"> ■ über 5 000 000 Einwohner ■ 1 000 000 - 5 000 000 Einwohner ■ 500 000 - 1 000 000 Einwohner ● 100 000 - 500 000 Einwohner ○ unter 100 000 Einwohner 	<ul style="list-style-type: none"> <u>Bagdad</u> Hauptstadt <u>Erbil</u> Verwaltungssitz Wasit Provinz Eridu ♣ Ruinenstätte 	<ul style="list-style-type: none"> — Staatsgrenze Irak — Grenze einer Provinz — Andere Staatsgrenze 	<ul style="list-style-type: none"> — Schnellstraße — Sonstige Straße — Eisenbahn
<p>0 100 200 300 400 km</p>			

Karin Mlodoch

Zwischen individueller Verarbeitung und gesamtgesellschaftlicher Versöhnung: Vergangenheitsbewältigung im Irak

Acht Jahre nach der US-geführten Militärinvasion im Irak und dem Sturz des Baath-Regimes ist die irakische Gesellschaft

Karin Mlodoch

Dipl.-Psych., geb. 1958; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Moderner Orient (ZMO). Sie arbeitet in psychosozialen Projekten für Opfer sozialer und politischer Gewalt in Kurdistan-Irak, zurzeit für den Verein Haukari e. V., ZMO, Kirchweg 33, 14129 Berlin. mlodoch@haukari.de

tief gespalten. Die zunehmende Fragmentierung entlang religiöser und ethnisch-nationaler Trennungslinien ist nicht nur mit den Folgen des Krieges, der Besatzung und des Machtvakuumms im Irak nach 2003 zu erklären. Sie spiegelt auch die lang anhaltende und zerstörerische Wirkung der massiven Gewalt wider, der weite Teile der irakischen Bevölkerung unter der Diktatur des Baath-Regimes über Jahrzehnte ausgesetzt waren und welche die sozialen Strukturen in allen Teilen des Irak zerstört hat. Zehntausende Überlebende von Folter und Verfolgung und Angehörige von Opfern aus allen Bevölkerungsgruppen und Regionen des Landes warten nach wie vor auf die Öffnung der zahlreichen Massengräber und fordern Gewissheit, Gerechtigkeit und Entschädigung. Aber die anhaltende Gewalt im Irak fordert täglich neue Opfer, darunter auch Angehörige der ehemaligen Tätergruppen.

Das Ringen um einen nationalen Kompromiss aller politischen Kräfte zur Beendigung der Gewalt hat die Debatte um einen institutionellen Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit von der politischen Tagesordnung verdrängt. Die Opfer des Baath-Regimes

fühlen sich enttäuscht und marginalisiert und entfremden sich dem politischen Prozess im Irak.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen kurdische Frauen im Irak, welche die sogenannten Anfal-Operationen der irakischen Armee im Jahr 1988 überlebt haben. Ihr Beispiel zeigt die zerstörerische Wirkung massiver Gewalt und unterstreicht die zentrale Bedeutung gesellschaftlicher und politischer Anerkennung ihrer Gewalterfahrungen für die Entwicklung neuer Lebensperspektiven. Der Beitrag fasst einige bisherige Ergebnisse des Forschungsprojekts „Gewalt, Erinnerung und Aufarbeitung im Irak – Die Perspektive Anfal überlebender Frauen in Kurdistan“ am Zentrum Moderner Orient in Berlin zusammen.¹ Er fußt zudem auf langjährigen Arbeitserfahrungen der Autorin in psychosozialen Projekten mit Anfal überlebenden Frauen, insbesondere im Rahmen des Projekts „Erinnerungsforum Anfal“. Hier engagieren sich die Frauen für eine selbst gestaltete und verwaltete Gedenk- und Begegnungsstätte in der Stadt Rizgary.²

Anfal-Operationen gegen die kurdische Bevölkerung

Anfal ist der Name der achten Sure aus dem Koran, in der die im Krieg gegen Ungläubige erbeuteten Güter als „legitime“ Beute bezeichnet werden. Unter dem Codewort „Anfal“ hatte die irakische Armee im Jahr 1988 eine großangelegte Militäroperation gegen

¹ Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit den Erinnerungen, Narrativen und Handlungsmöglichkeiten Anfal überlebender Frauen in der Autonomen Region Kurdistan, deren Veränderung durch die politischen Umbrüche im Irak in den vergangenen 20 Jahren und mit der Frage, wie der zögerliche und konfliktreiche Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit auf die Überlebenden und ihre Möglichkeiten der Bearbeitung von Gewalt- und Verlustenerfahrungen zurück wirkt. Es trägt bei zur psychologischen Forschung über die gesellschaftlichen Bedingungen für die Bewältigung von Traumata und zur politischen und sozialwissenschaftlichen Debatte um „Versöhnungsstrategien“ und Erinnerungspolitik in Gesellschaften nach Gewalt und Konflikt. Vgl. online: www.zmo.de/forschung/projekte_2008/mlodoch_memory_iraq_e.html (3.2.2011).

² Das Projekt wird von dem deutschen Verein Haukari e.V. unterstützt. Vgl. online: www.haukari.de/projekteKI/anfal_memorial.htm (3.2.2011).

die kurdischen ländlichen Gebiete im Norden des Irak durchgeführt – öffentlich angekündigt und legitimiert als Vergeltungsaktion gegen die kurdische „Kollaboration“ mit dem Kriegsgegner Iran.[†] Im Laufe weniger Monate wurden Tausende kurdischer Dörfer zunächst bombardiert (teilweise mit Giftgas) und dann von Bodentruppen vollkommen zerstört. Die Bevölkerung wurde zusammengetrieben. Mehr als 100 000 Männer zwischen 15 und 50 Jahren, in einigen Regionen auch zahlreiche Frauen, wurden vom Rest der Bevölkerung getrennt und an unbekannte Orte verschleppt. Die wenigen Zeugenaussagen und die inzwischen gefundenen Massengräber zeugen von Massenerschießungen. Das individuelle Schicksal der meisten Verschleppten aber ist bis heute ungeklärt.

Frauen mit Kindern und ältere Männer wurden über Monate in Lagern und Gefängnissen zusammengepfercht, gequält und gedemütigt. Viele, vor allem ältere Menschen und Kinder, starben hier. Im Herbst 1988 wurden die Überlebenden „amnestiert“ und in Umsiedlungslager gebracht, die das irakische Regime als „Modernisierungsmaßnahme“ für die kurdische Landbevölkerung propagierte.

Leben nach Anfal: 15 Jahre Ungewissheit und Provisorium

Bis 1991 lebten die Anfal-Überlebenden unter direkter Kontrolle des irakischen Militärs in den Umsiedlungslagern. Nach dem Zweiten Golfkrieg im Jahr 1991, dem Rückzug des irakischen Regimes aus einem Großteil der kurdischen Gebiete und der Entstehung einer provisorischen Autonomie in Kurdistan-Irak, wurden die während Anfal zerstörten Dörfer wieder aufgebaut. Viele Familien kehrten zurück und nahmen die landwirtschaftliche Produktion wieder auf. Vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern aber lehnten die Rückkehr in ihre Dörfer ab. Sie wollten nicht zurück an die Orte des Schreckens, wo sie zudem weder auf männliche Arbeitskraft noch auf Schutz bauen konnten. Sie verharrten in den Umsiedlungslagern, viele leben dort bis heute.

[†] Vgl. Human Rights Watch, *Genocide in Iraq*, New York 1993.

Die Autorin konzentriert sich auf Frauen in dem ehemaligen Umsiedlungslager *Al Sumud* (arabisch für Standhaftigkeit) in der ländlichen Region Germian im Südosten der kurdisch verwalteten Region. Sumud ist heute eine lagerähnliche Stadt oder ein stadthähnliches Lager und wurde inzwischen umbenannt in *Rizgary* (kurdisch für Befreiung). Ein Großteil der etwa 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner sind Anfal überlebende Frauen und ihre Kinder und Enkelkinder. Sie dominieren das Stadtbild, sitzen vor den Häusern, stehen Schlange vor Krankenhäusern und Regierungsbüros. Sie wirken wie öffentliche Symbole der Trauer.

In der kurdischen Sprache werden die Frauen „bewajini Anfal“, alleinstehende Anfal-Frauen, genannt und so schon sprachlich über die Abwesenheit ihrer Angehörigen definiert. Aber diese Frauen haben alle selbst Gewalt erlebt: Den plötzlichen Einbruch massiver Gewalt in ihr Leben, die Zerstörung ihrer Dörfer und Lebensgrundlagen, die Trennung von ihren Verwandten, Erniedrigung und den Tod von Kindern, Eltern und Mitgefangenen in den Gefängnissen.

Überlebende Frauen erzählen unentwegt über Anfal. Der Begriff ist in den Sprachgebrauch der Opfer eingegangen. Über die Verschwundenen heißt es schlicht: „Mein Mann, meine Söhne, meine Töchter sind Anfal.“ Ihre Erzählungen sind detailliert, aber fragmentiert und unspezifisch in Zeit und Raum. Grausamkeiten werden oft fast emotionslos vorgetragen. Eigene Erinnerungen und die der Nachbarn und Verwandten werden zu einer kollektiven Leidensgeschichte verwoben. Diese Erzählungen spiegeln bis heute Entsetzen und Ohnmacht und das, was Judith Lewis Herman das zentrale Dilemma des Traumas[†] nennt, wider: den gleichzeitigen Wunsch zu schweigen und zu sprechen.

[†] Vgl. Judith Lewis Herman, *Die Narben der Gewalt*, München 1994. Die Autorin dieses Beitrags bezieht sich auf einen sozial und politisch kontextualisierten Traumabegriff, der die soziale und gesellschaftliche Dimension sowohl des Erlebens der Gewalt als auch ihrer Bearbeitung einbezieht. Vgl. unter anderem David Becker, *Ohne Hass keine Versöhnung*, Freiburg 1992; Medico International (Hrsg.), *Schnelle Eingreiftruppe „Seele“*, medico-report 20, Frankfurt/M. 1997.

Zu den schrecklichsten Erinnerungen der Frauen gehört der Tod vieler Kinder im Gefängnis von Nugra Salman im Süden des Irak. Die Soldaten verboten den trauernden Müttern das Weinen. Die Körper der toten Kinder wurden auf das freie Feld geworfen, verscharrt und nachts von wilden Hunden zerrissen. Die Erzählung von den „Kindern, die von schwarzen Hunden gefressen wurden“ ist zu einem zentralen Erinnerungstypus geworden, der unabhängig von der tatsächlichen Erfahrung erzählt und weitergetragen wird und so zum Synonym für die während Anfal erlittenen Grausamkeiten geworden ist. Viele Frauen werden von Schuldgefühlen gequält, weil sie ihre Kinder nicht schützen konnten.

Quälend ist aber vor allem der Gedanke an die Verschleppten. Der Moment der Trennung, des letzten Blicks, wird täglich von Neuem erinnert; die Ungewissheit über das Schicksal der Verschwundenen hält die Trauer um den Verlust lebendig und verhindert die Verarbeitung. Die Erzählungen der Anfal-Frauen über das ständige Oszillieren zwischen Hoffnung und Verzweiflung, das tägliche Horchen an der Tür, die Suche nach Bekanntem in jedem Gesicht, ähneln denen der Angehörigen von Verschwundenen in Argentinien, Chile, Nicaragua und Bosnien. Angehörige können keinen Trauerprozess durchlaufen und somit keinen Abschluss finden. Jeder Schritt in Richtung einer Veränderung, zur Reorganisation der Familie oder neuen Lebensplänen wird als Verrat an den Vermissten erlebt und ist mit Schuldgefühlen verbunden. Die Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen macht das eigene Leben provisorisch.^f

Während sich die Erzählungen von Angehörigen Verschwundener ähneln, unterscheiden sich die Wege der Bearbeitung und die Handlungsoptionen in den verschiedenen kulturellen und politischen Kontexten. Die „Mütter der Plaza der Mayo“ in Argentinien und die „Samstagsmütter“ in der Tür-

^f Vgl. D. Becker (Anm. 4); Diana R. Kordon et al., Psychological effects of political repression, Buenos Aires 1998; Sheila R. Tully, A painful purgatory. Grief and the Nicaraguan mothers of the disappeared, in: Social Sciences and Medicine, 40 (1994) 12, S. 1597–1610; Barbara Preitler, Ohne jede Spur. Psychotherapeutische Arbeit mit Angehörigen von Verschwundenen, Gießen 2006.

kei haben ihren verschwundenen Söhnen und Töchtern in politischen Demonstrationen Namen und Gesichter gegeben und über die politische Organisierung soziale Netzwerke geschaffen. In Zimbabwe und Südafrika nutzen Angehörige von Verschwundenen traditionelle Rituale, um die „Geister der Toten“ zu besänftigen und selbst einen symbolischen Abschluss zu finden.^f

In Kurdistan-Irak haben politische Instabilität, ökonomische Not und traditionelle Geschlechterrollen die Möglichkeiten der Bearbeitung der Gewalterfahrung und die Entwicklung neuer Lebensperspektiven, insbesondere für Frauen, unter den Anfal-Überlebenden eingeschränkt. Bis 2003 war das Baath-Regime an der Macht, und durch den ungesicherten Status der kurdischen Region war die Angst vor einer Fortsetzung der Gewalt ständig präsent.

Die Anfal-Operationen hatten die gesamte ökonomische und soziale Struktur der betroffenen ländlichen Gebiete zerstört. Die überlebenden Frauen konnten nicht auf die Unterstützung anderer Familienmitglieder zurückgreifen und lebten danach meist allein mit ihren Kindern in ökonomischen Notsituationen, bestimmt vom täglichen Kampf ums Überleben. Die meisten von ihnen sind Analphabetinnen und arbeiteten als Tagelöhnerinnen oder Schmugglerinnen an der kurdisch-irakischen Frontlinie. Ihr sozialer Bewegungsspielraum war eingeschränkt durch den Sitten- und Moralkodex und die Geschlechterrollen der patriarchalen und traditionellen kurdischen ländlichen Gesellschaft. Ein Lebensentwurf für Frauen ohne männliche Versorgung und Schutz ist hier nicht vorgesehen.

Der soziale und legale Status der hinterbliebenen Frauen war unklar. Sie waren alleinstehend, aber keine Witwen. Sie mussten die Ehre der verschwundenen Männer wahren und gleichzeitig für ihren Lebensunter-

^f Vgl. M. Mupinda, Loss and Grief among the Shona: The meaning of disappearances, Paper presented to the VIIth International Symposium on „Torture as a challenge to the Medical Profession“, Kapstadt 1995; Usche Merk, Jenseits der Wahrheitskommission – Auf der Suche nach Formen der Bewältigung von Gewalterfahrungen in Südafrika, in: Zeitschrift für Politische Psychologie, 14 (2006) 1–2, S. 49–64.

halt sorgen. Gingen sie arbeiten, wurden sie schnell der Prostitution verdächtigt. Die in den Gefängnissen erlittene oder auch nur vermutete sexuelle Gewalt haftete ihnen als Stigma an. Die ihnen sozial zugewiesene Rolle der wartenden und trauernden Frauen verstärkte und verlängerte ihren innerpsychischen Wartezustand. Sie wurden über die Abwesenheit ihrer Männer definiert, wobei ihre eigenen Gewalterfahrungen über die internalisierte soziale Rollenzuweisung in den Hintergrund traten. So war ihre Hoffnung und Perspektive bis 2003 wider alle Wahrscheinlichkeit fest auf die Rückkehr ihrer verschwundenen Angehörigen gerichtet.

Enttäuschte Hoffnungen nach 2003

Im April 2003 wurde die 30-jährige Diktatur des Baath-Regimes beendet. Unter den Anfal-Überlebenden flammte zunächst die Hoffnung auf die Rückkehr ihrer Angehörigen erneut auf. Wie zahllose Angehörige von Verschleppten aus dem schiitischen Süden, den Marschgebieten und von politischen Gefangenen aller ethnischen und religiösen Gruppen im gesamten Irak, reisten auch viele der Frauen in den ersten Wochen nach dem Sturz des Regimes zu Polizeistationen, Gefängnissen und Behörden in der Hoffnung auf Aufklärung.¹⁷ In den folgenden Monaten wurden fast 300 Massengräber im ganzen Irak gefunden, in denen bis zu 500 000 Opfer des Regimes aus allen ethnischen und religiösen Gruppen des Landes vermutet werden.

Dass die Verschwundenen nicht zurückkehren, ist nun sicher. Nach wie vor aber wurde ein Großteil der Massengräber nicht geöffnet und haben die Angehörigen keine individuelle Gewissheit. Angehörige Ermordeter und Verschwundener im gesamten Irak fordern die zügige Öffnung der Massengräber. Gewissheit ist für sie eine wichtige Voraussetzung für die Verarbeitung ihres Verlusts und die Entwicklung neuer Lebensperspektiven. Weiter fordern sie die Bestrafung der Täter, Entschädigungen sowie öko-

nomische und soziale Unterstützung. Aber die Eskalation neuer Gewalt im Irak nach 2003, die anhaltende Besatzung und die zunehmende Fragmentierung der irakischen Gesellschaft entlang ethnisch-nationaler und religiöser Trennungslinien haben die Debatte um einen Prozess gesellschaftlicher Aufarbeitung der Vergangenheit auf regionaler und nationaler Ebene von der politischen Tagesordnung verdrängt.

Für alle politischen und ethnisch-nationalen Fraktionen im heutigen Irak spielen die eigenen Opfer vergangener und aktuell erlittener Gewalt eine große Rolle bei der Legitimation nationaler Machtansprüche. Es herrscht tiefe politische Konkurrenz um die Federführung und Verantwortung bei der Öffnung der Massengräber, der Dokumentation von Verbrechen und institutionellen Schritten zur Bearbeitung der Vergangenheit. Dabei werden die Opfer vergangener und heutiger Gewalt häufig gegeneinander ausgespielt und so statt nationalem Dialog die Konkurrenz zwischen verschiedenen Opfergruppen gefördert. Wenn heute von „Versöhnung“ die Rede ist, meint das vor allem den Versuch der Einigung zwischen den aktuell um die politische Macht im Irak kämpfenden Gruppierungen.

Bis auf die noch von der US-Übergangsverwaltung vorangetriebene und später zum Teil revidierte De-Baathifizierung im öffentlichen und Sicherheitssektor und die national und international umstrittenen Tribunale gegen Saddam Hussein und seine engsten Gefolgsleute vor dem Irakischen Obersten Gerichtshof hat es bislang keine institutionellen Schritte des Umgangs mit der Vergangenheit gegeben. Angesichts ausbleibender Unterstützung und Anerkennung sowie gleichzeitiger politischer Instrumentalisierung entfremden sich die Opfer der Verbrechen des Baath-Regimes vom politischen Prozess im Irak und die Debatten um Erinnerung und Umgang mit der Vergangenheit bleiben auf die lokale und regionale Ebene begrenzt.

Transformation der Erinnerungen und Narrative

Für die Anfal-Überlebenden in Kurdistan hat der Sturz des Baath-Regimes dennoch entscheidende Veränderungen gebracht. Die

¹⁷ Der auf der Berlinale 2010 gezeigte Film „Son of Babylon“ des irakischen Regisseurs Mohammed Al Daradji zeigt eindrucksvoll die verzweifelte Suche kurdischer und arabischer Frauen nach ihren verschwundenen Angehörigen in Gefängnissen und Massengräbern im Jahr 2003.

Täter sind gestürzt. Der autonome Status der kurdischen Region hat sich stabilisiert: Kurdistan ist heute eine autonome Region in einem föderalen Irak. Die jahrelange Angst vor einer Wiederholung der erlebten Katastrophe ist gebannt. Die Hauptverantwortlichen für Anfal, Saddam Hussein und der Befehlshaber der Anfal-Operationen Ali Hassan Al Majid, wurden vom Obersten Irakischen Gerichtshof verurteilt und hingerichtet.

Jenseits der kontroversen Debatte um die Legitimität dieser Tribunale war für die Anfal überlebenden Frauen vor allem die landesweite TV-Ausstrahlung der detaillierten Zeugenaussagen über die Erfahrungen während der Operation ein wichtiger Schritt zur Anerkennung ihres Leids. Gleichzeitig waren sie enttäuscht über die übereilte Vollstreckung des Todesurteils von Saddam Hussein. Zum einen hatten sie gehofft, er würde noch Informationen über den Verbleib der Verschwundenen preisgeben. Zum anderen waren sie enttäuscht, dass seine Hinrichtung für das Massaker an 148 Schiiten in Dujail vor dem Ende des Anfal-Prozesses erfolgte. Ihr Wunsch nach Gerechtigkeit und Vergeltung für Anfal blieb so unerfüllt.

Seit 2003 hat sich die ökonomische Situation der Anfal-Frauen entscheidend verbessert. Die kurdische Regierung beginnt in die zerstörten Gebiete zu investieren; Überlebende erhielten Häuser, ihre monatlichen Renten wurden erhöht. Die Kinder der Anfal-Überlebenden sind heute erwachsen und haben Einkommen und Familien. Nach vielen Jahren, in denen die Frauen mit ihren Kindern auf sich allein gestellt waren, leben sie heute wieder in einer sozialen Gemeinschaft.

Mit der Gewissheit, dass die Verschleppten nicht zurückkommen, dem Nachlassen des ökonomischen Drucks und neuem Leben in den Häusern und Straßen verändern sich auch Erinnerungen und Narrative der Frauen. Die Konzentration auf die verschwundenen Männer nimmt ab, und es treten zunehmend eigene Gewalterfahrungen und Entbehrungen in den Vordergrund. Bei dieser Verlagerung des Schwerpunkts spielen auch die erwachsenen Kinder eine Rolle, die heute ihrer Empörung vor allem über die mangelnde Hilfe ihrer Mütter nach Anfal Ausdruck geben.

Bislang tabuisierte Erlebnisse sexueller Gewalt in den Gefängnissen werden nun, da viele Frauen älter sind und die Angst vor Sanktionen verloren habe, erzählt. Hier werden sie unterstützt von einer seit Ende der 1990er Jahre erstarkenden Frauenrechtsbewegung in Kurdistan-Irak, die das Thema Gewalt gegen Frauen enttabuisiert und in die öffentliche Diskussion gebracht hat. Anfal überlebende Frauen werden sich zunehmend ihrer Stärken und Ressourcen bewusst. Trotz der zerstörerischen Wirkung der Gewalt haben sie überlebt, haben in extremen Notsituationen und gegen alle sozialen Widerstände untereinander starke informelle Netzwerke geschaffen, sich gegenseitig unterstützt und gegen sozialen Druck und Sanktionen verteidigt. Sie sind stolz darauf, dass sie ihre Kinder ohne Unterstützung groß gezogen haben und viele heute im Berufsleben stehen oder an Universitäten studieren.

Mit Verweis auf ihren Beitrag zum kurdischen Widerstand artikulieren Anfal-Frauen heute ihre Forderungen: Von der irakischen Regierung fordern sie die Öffnung der Massengräber, konsequente Bestrafung aller Täter und Entschädigung. Von der kurdischen Regierung fordern sie ökonomische und soziale Unterstützung und die Bestrafung kurdischer Kollaborateure, die aktiv an Anfal beteiligt waren. Auch dieser Teil der Erinnerung wurde erst mit dem Sturz des Baath-Regimes und der Stabilisierung der fragilen kurdischen Autonomie zum Thema in den Erzählungen der Überlebenden. All diese Beispiele zeigen, wie sich die Erinnerungen und Narrative der Frauen in enger Wechselwirkung mit den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen verändern.

Erinnerungsdiskurse im Konflikt

Dabei geraten die veränderten Narrative der Frauen zunehmend in Konflikt mit dem dominanten Diskurs über Anfal in der kurdischen Gesellschaft. Für die kurdischen politischen Parteien und die Regionalregierung sind der Giftgasangriff auf Halabdscha im Jahr 1988 und die Anfal-Operationen das „nationale Trauma“ und zentral für die Legitimation ihrer Forderungen nach Autonomie und Machtbeteiligung auf nationaler irakischer Ebene und in Bezug auf internationa-

le Schutzgarantien. Anfal überlebende Frauen erscheinen in diesem Diskurs als hilflose Opfer und nationale Symbole für Trauer und Leid. Ihre konkreten Erfahrungen und Forderungen verschwinden dahinter. Das spiegelt auf der einen Seite den dominanten patriarchalen Diskurs der politischen Führung in Kurdistan wider. Auf der anderen Seite werden so auch unbequeme Erinnerungen ausgegrenzt: Kurdische Kollaborateure, die aktiv an Anfal beteiligt waren, wurden 1991 amnestiert und haben heute zum Teil hohe Positionen in der kurdischen regionalen Politik und Wirtschaft inne.

Ein Schauplatz dieser konfliktiven Diskurse ist die Debatte um öffentliches Gedenken an Anfal. Während offizielle Gedenkzeremonien – wie zum Beispiel zum Jahrestag von Anfal am 14. April – meist in den städtischen Zentren stattfinden und die kurdische Regierung dort nationale Mahnmale und Museen plant, fordern Anfal-Überlebende Erinnerungsstätten an den betroffenen Orten. 2006 brannten Demonstrantinnen und Demonstranten in Halabdscha während einer offiziellen Gedenkfeier an die Giftgasopfer einen Teil des dortigen Mahnmals nieder. Sie forderten Unterstützung beim Wiederaufbau ihrer Stadt statt großer monumentaler Gesten. Auch die Beisetzung von 187 (nicht individuell identifizierten) Anfal-Opfern aus einem Massengrab in Najaf in Rizgari im April 2009 war begleitet von Protesten Anfal-Überlebender gegen die Abwesenheit führender kurdischer Politiker und von der Forderung nach Bestrafung kurdischer Kollaborateure.

Auch das Projekt „Erinnerungsforum für Anfal überlebende Frauen“ entstand vor dem Hintergrund der Empörung der Frauen über ein in ihrem Ort ohne Abstimmung mit ihnen errichtetes Denkmal in Form eines traditionellen Hirtenkostüms. Die Frauen wiesen die Repräsentation als Schafhirten zurück und forderten eine Repräsentation ihrer eigenen Erfahrung mitsamt ihren Stärken und ihrem Beitrag zum kurdischen Widerstand. Mit dem Ziel der Errichtung einer selbst gestalteten und verwalteten Gedenk- und Begegnungsstätte in Rizgari kommen sie nun zusammen, tauschen ihre Erinnerungen aus, diskutieren diese mit Künstlerinnen und Künstlern, geben ihnen in Entwürfen für die Gedenkstätte Gestalt

und verhandeln mit der kurdischen Regierung über die bauliche Umsetzung. Einige von ihnen haben im Rahmen des Projekts auch Gedenkstätten und Erinnerungsorte an die Opfer des Holocaust in Deutschland besucht.

Ihr Ziel ist ein Ort, an dem ihre verschwundenen Angehörigen Name und Gesicht bekommen, ein Ort des symbolischen Abschlusses, an dem sie trauern können und der ihre spezifische Erfahrung von Leid und Stärke repräsentiert. Damit machen sie einen weiteren Schritt aus ihrem Wartezustand heraus, setzen dem herrschenden Opferdiskurs ihre eigene Erzählung entgegen und engagieren sich aktiv in der Debatte um Aufarbeitung der Vergangenheit und Gestaltung öffentlicher Erinnerung in Kurdistan und im Gesamtirak.

Zwischen individueller Verarbeitung und gesamtgesellschaftlicher Versöhnung

Der Widerspruch zwischen den Wünschen und Forderungen der Opfer von Gewalt nach Bestrafung der Täter sowie nach Gerechtigkeit, Entschädigung und Anerkennung ihrer spezifischen Gewalterfahrung auf der einen Seite und den Erfordernissen einer politischen Aussöhnung zwischen Opfern, Tätern und verschiedenen Konfliktparteien auf nationaler und gesamtgesellschaftlicher Ebene auf der anderen Seite ist allen Gesellschaften nach massiven Gewalterfahrungen inhärent. Selbst die häufig als politische Erfolgsgeschichte beschriebene Wahrheitskommission in Südafrika konnte der Wut und Trauer der Opfer der Apartheid keinen adäquaten Raum bieten und ließ ihr Bedürfnis nach Bestrafung der Täter und individueller Wahrheitsfindung unbefriedigt.¹⁸

Auf politischer Ebene erfordern die Ziele des sozialen Friedens und der Stabilität eine Balance zwischen Erinnern und Vergessen

¹⁸ Vgl. Medico International (Hrsg.), Der Preis der Versöhnung. Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission, in: medico-report 21, Frankfurt/M. 1998 sowie die umfangreichen Publikationen des Psychologen Brandon Hamber zu den Erfahrungen der südafrikanischen Wahrheitskommission, online: www.brandonhamber.com (3.2.2011).

und den verschiedenen konfliktiven Diskursen von Opfer- und Tätergruppen sowie einen institutionellen und zeitlichen Rahmen für die Verarbeitung vergangener Gewalt. Die Gewaltopfer selbst haben hingegen keine Alternative zum Erinnern und sind ein Leben lang mit den Auswirkungen der Gewalt beschäftigt. Die Bestrafung oder zumindest Schuldanerkennung der Täter, Entschuldigungen, Entschädigungen und die gesamtgesellschaftliche Anerkennung und Repräsentation ihrer spezifischen Gewalterfahrung sind dabei wichtige Bedingungen für eine Bearbeitung dieser Erfahrungen. Öffentliche Erinnerungsräume wie Gedenkstätten oder -zeremonien sind für Angehörige von Verschwundenen als symbolische Abschlüsse besonders wichtig.¹⁹

Die irakische Gesellschaft steht heute vor der Herausforderung, unter den Bedingungen anhaltender Gewalt und neben der evidenten politischen Priorität eines nationalen Kompromisses zu ihrer Beendigung auch mit dem Erbe der Baath-Diktatur umzugehen. Die schnelle Öffnung der Massengräber, weitere juristische Schritte zur Bestrafung der Täter, Entschädigungen der Opfer und nationale Anerkennung der unter dem Baath-Regime erlittenen Gewalt sind nötig, um die Opfer der Verbrechen des Baath-Regimes für den heutigen nationalen politischen Prozess zu gewinnen.

Jenseits dieser institutionellen Aufarbeitung braucht die in allen Regionen von massiver vergangener und heutiger Gewalt gezeichnete irakische Gesellschaft vielfältige soziale und öffentliche Räume und Foren, in denen die kontrastierenden Opfer- und Erinnerungsdiskurse ausgedrückt und diskutiert werden können, um einer weiteren Fragmentierung entgegenzuwirken.

¹⁹ Vgl. Brandon Hamber/Richard Wilson, Symbolic Closure through Memory, Reparation and Revenge in Post-Conflicts-Societies, in: Journal of Human Rights, 1 (2002) 1.

Birgit Svensson

Von Frühling und Herbst der Pressefreiheit im neuen Irak

Essay

Mit der Pressefreiheit im Irak ist es wie mit dem halbvollen oder halbleeren Glas, wie mit Frühling und Herbst, die sich überganglos und manchmal in rasendem Tempo abwechseln. Es ist wie mit allen anderen demokratischen Freiheiten, deren Worte die meisten der 25 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Zweistromlandes bis vor wenigen Jahren noch nicht einmal kannten. Auch heute

Birgit Svensson

Geb. 1956; freie Journalistin, arbeitet seit 2003 im Irak, zunächst für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, ab 2006 für „Die Welt“, das österreichische Nachrichtenmagazin „Profil“, die Zürcher „Sonntagszeitung“, das „Deutschlandradio“ und die „Deutsche Welle“.
svensson@weltreporter.net

noch, fast acht Jahre nach der Invasion amerikanischer Truppen und dem Sturz des Diktators, flüstern manche noch verängstigt um sich schauend, wenn sie nach ihrer Meinung gefragt werden. „Schhhh, nicht so laut“, ermahnte kürzlich ein Mann seine Frau im Bagdader Schiitenviertel Sadr City, als sie nach der Bildung der neuen schiitisch dominierten Regierung gefragt wurde und über den alten und neuen Premier Nuri al Maliki herzog. „Sie werden dich einsperren!“

Der unter Saddam Hussein allgegenwärtige Geheimdienst hat tiefe Spuren hinterlassen. Das Misstrauen gegen die offen propagierte Meinungsfreiheit auf der Straße ist noch groß, obwohl in den vergangenen Monaten Demonstrationen zu gesellschaftspolitischen Themen zugenommen haben.

Demokratie: vom Zauberwort zum Schimpfwort?

Das Wort „demokratia“ indes, mittlerweile in aller Munde, ist zum Modewort im Irak geworden. Gäbe es ein Wort des Jahres, wäre

es garantiert „demokratia“. Alles ist Demokratie oder auch nicht: die Preise auf den Gemüsemärkten, die undemokratisch hoch seien, die Benzinpreise auf deren Niedrigstand die Konsumenten ein demokratisches Anrecht hätten, Jobs, die es nicht gibt, die aber in einer Demokratie vorhanden sein sollten, Strom, der noch immer spärlich aus der Steckdose fließt und undemokratisch verteilt werde – das Regierungsviertel Grüne Zone erstrahlt nahezu im Dauerlicht, während der Rest Bagdads, die Rote Zone, oft nur mit Generatoren funktionieren kann. Demokratie, was gleich nach dem Einmarsch der „Koalition der Willigen“ im Frühjahr 2003 zum Zauberwort geworden war, ist zwischendurch zum Schimpfwort verkommen, um sich momentan gerade auf ein realistisches Maß einzupegeln. Euphorie und Ernüchterung sind dabei, sich auszubalancieren, das Machbare zu erkennen.

Bei den Printmedien hat sich schnell die Spreu vom Weizen getrennt. Während nach dem Sturz des Saddam-Regimes Zeitungen wie Pilze aus dem Boden schossen, hatte sich gut zwei Jahre danach die Zahl der Publikationen im Irak schon erheblich reduziert. Vorher gab es lediglich vier Zeitungen, die alle streng unter der Kontrolle der regierenden Baath-Partei erschienen und am Ende keiner mehr lesen wollte, da sie ohnehin nur Propaganda verbreiteten. Dementsprechend groß war der Hunger nach Informationen nach der Wende. (Auch die Iraker benutzen inzwischen das Wort „Wende“ für die Zeit nach Saddam Hussein, da es wertneutral ist.) Bis zu 180 Tages- und Wochenzeitungen wurden anfangs gezählt. Zwei Jahre später waren es noch 25. Unabhängig ist heute nur noch eine Handvoll.

Rechtsfreie Pressefreiheit?

Mit dem „freiesten Publikationsrecht der Welt“, wie der Kulturminister der ersten Übergangsregierung Mufeed Jawad al Jaza'iri Ende 2004 die herrschende Gesetzlosigkeit auf dem Medienmarkt bezeichnete, konnte zunächst grenzenlos alles gedruckt und vertrieben werden, was finanziert werden konnte. Auch heute gibt es noch kein Mediengesetz, obwohl schon etliche Entwürfe seitens Journalistenverbänden oder -gewerkschaften vorgelegt und diskutiert wurden. Doch keine der bislang vier Regierungen hat sich

je ernsthaft damit befasst. Die im Oktober 2005 durch ein Referendum mit Mehrheit angenommene neue Verfassung schreibt lediglich Meinungs- und Pressefreiheit vor, legt aber keinen Rahmen fest. Diesen sollten die Volksvertreter im Nachhinein bestimmen, was aber bis jetzt nicht geschehen ist.

Journalisten leben und arbeiten also nach wie vor im rechtsfreien Raum. Jeder, dem irgendetwas nicht passt, was publiziert wird, übt Druck und Zensur aus, ohne dass staatliche Stellen rechtswirksam eingreifen. So ist das Angebot des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Nadjaf Assad Sultan Abu Gelal, der ermordeten Journalisten unbürokratisch Grabstätten auf dem unter Schiiten heiß-begehrten Friedhof seiner Stadt anbot, eine makabre Folge dieser Situation. Oder das Angebot des Innenministers der vorigen Regierung, der nach der Ermordung des Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft Shihab al Temimi im März 2008 schnelle Genehmigungen von Waffenscheinen für Journalisten versprach. Laut Reporter ohne Grenzen sind im Irak in den vergangenen sieben Jahren über 300 Journalisten ermordet worden, mehr als im Vietnam-Krieg.¹ Die meisten der getöteten Medienvertreter sind Einheimische.

Morddrohungen und Anfeindungen

Deshalb ist die Mehrzahl der heute erscheinenden Tages- und Wochenzeitungen inzwischen Parteizeitungen oder von Politikern und religiösen Organisationen finanzierte Druckerzeugnisse. Sie verheißen Schutz für den Preis der verlorenen Unabhängigkeit. Ismael Zayer, Herausgeber und Chefredakteur von „Al Sabah al Jadeed“, einer der wenigen noch unabhängigen Tageszeitungen, hat im vergangenen Halbjahr nur fünf kommentierende Leitartikel geschrieben. Er ist es leid, Morddrohungen, Drohbriefe oder sonstige Anfeindungen zu bekommen, weil jemandem seine Meinung nicht gefällt.

Das Beispiel „Al Mada“ steht hier stellvertretend für das Schicksal vieler ambitio-

¹ Vgl. The Iraq War: A Heavy Death Toll for the Media. 2003–2010, ROG-Bericht, August 2010, online: www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2010/100907_Irak_Bericht_getoetete_Journalisten_engl.pdf (25.1.2011).

nierter Medienträume im irakischen Frühling der Pressefreiheit. Nur zwanzig Tage nachdem die Saddam-Statue auf Bagdads Firdous-Platz vom Sockel gestoßen wurde, saßen Zuhair al Jezairy und sieben weitere „Sechziger“, wie er seine Mitstreiter nennt, mit dem Herausgeber Fakhri Karim zusammen und beschloss, „Al Mada“, was soviel heißt wie Ausdehnung oder Horizont, ins Leben zu rufen. Als ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei erlebten sie alle 1963 einen Wendepunkt in ihrem Leben, als die sozialistisch-nationalistische Baath-Partei einen Staatsstreich verübte und fortan das Parteienmonopol im Irak beanspruchte. „Anfangs haben wir noch gehofft, den Weg zum Totalitarismus aufhalten zu können“, erinnert sich der 64-Jährige an seine ideologischen Kampfzeiten.

Doch anstatt die Gesellschaft zu verändern, hätten sie sich geändert. Als sie dies bemerkten, seien einige aus dem Irak ausgereist, andere gingen in den Untergrund. Einige hätten aber auch mitgemacht. „Al Mada“-Herausgeber Fakhri Karim baute in Dubai einen Verlag auf. Die ersten Ausgaben der Zeitung im Juni 2003 wurden noch am Golf gedruckt. Mit etwa 10000 Exemplaren Druckauflage war sie von Anfang an eine der kleinsten Tageszeitung im neuen Irak. Klein, aber fein, die Ambitionen hoch, die intellektuelle Mittelschicht als Zielgruppe. Die allgemeine Aufbruchstimmung steckte auch die Redaktion von „Al Mada“ an. Endlich konnte alles uneingeschränkt publiziert und recherchiert werden nach so vielen Jahren Diktatur und Zensur.

Ende Januar 2004 stellte die Zeitung die „247 Freunde Saddams“ vor, die Ölkupons des Ex-Diktators erhalten haben sollen. Der Öl-für-Lebensmittel-Skandal nahm seinen Lauf. Die Nachforschungen der Kommission, die zur Aufklärung der Bestechungen während des UN-Embargos eingesetzt wurde, basierten auf den Listen von „Al Mada“. „Die sind uns zugespielt worden“, sagt der damalige Chefredakteur Zuhair al Jezairy zu der umstrittenen Veröffentlichung. „Wir wussten, dass wir uns damit Gegner schaffen. Und das in aller Welt.“

Denn auf den Korruptionslisten standen nicht nur Firmen, die irgendwie mit Öl zu tun haben und daher gebraucht werden, son-

dern auch Privatpersonen wie etwa der Sohn des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, ein ehemaliger französischer Innenminister oder der Präsident Indonesiens. Das Redaktionsgebäude wurde aus Sicherheitsgründen von der Druckerei getrennt: „Fast täglich bekamen wir Drohungen“, sagt al Jezairy. Als die Zeitung dann die Namen von Terroristen und Aufständischen veröffentlichte, hatte sie sich auch die Stammesfürsten zu Feinden gemacht. Zwei der Reporter wurden ermordet.

Inzwischen hat Chefredakteur al Jezairy mit finanzieller Unterstützung der Vereinten Nationen die unabhängige Nachrichtenagentur Aswat al-Iraq aufgebaut, die mit Nina (*National Iraqi News Agency*) und der kurdischen AKNews konkurriert. Herausgeber Karim ist im sicheren kurdischen Norden in Suleimaniya untergeschlüpft und wird von Staatspräsident Jalal Talabani finanziell unterstützt.

„Al Mada“ ist brav geworden, hat die Auflage halbiert und fast täglich das Konterfei des Präsidenten auf der Titelseite. „Als ich einen kritischen Artikel über die dubiosen und von Bagdad nicht anerkannten Öl-Verträge der kurdischen Regionalregierung im Nordirak schrieb, bekam der Herausgeber einen bösen Anruf von einem Vertrauten des Präsidenten“, erzählt der Autor. „Ich verlor meinen Job und Al Mada zog nach Kurdistan.“ Und ein anderer „Al Mada“-Ehemaliger sagte: „In Bagdad wird die Pressefreiheit mit Kugeln attackiert, in Kurdistan mit dem Geldbeutel.“

Fehlendes Verständnis für die Rolle der Medien

Doch nicht immer werden Loyalität und Wohlgesonnenheit in Irak-Kurdistan mit dem Portemonnaie erkaufte, obwohl in den drei kurdischen Provinzen im Nordosten vieles anders läuft als im Rest des Landes. Durch die gute Sicherheitslage und den enormen Wirtschaftsboom, den die Region seit dem Sturz Saddams verzeichnet, ist sie zum Vorzeigeprojekt aufgestiegen. Westliche Investitionen, auch deutsche, fließen immer häufiger. Ausländische Firmenvertreter erhoffen sich, von Erbil oder Suleimaniya aus den gesamten irakischen Markt bedienen zu

können, werden aber zunehmend enttäuscht. Korruption und Vetternwirtschaft seien zuweilen drastischer als im Rest Iraks, beklagen diejenigen, die auch in Bagdad und Basra tätig sind. Die während des UN-Embargos verhängte Flugverbotszone über den kurdischen Provinzen hatte nicht nur den Schutz der Bevölkerung vor dem Diktator in Bagdad bewirkt, sondern auch eine fast komplette Isolation vom Rest der Welt.

So konnten sich die beiden Kurdenführer Talabani und Barzani, ihre Clans und die daraus resultierenden Parteien PUK (Patriotische Union Kurdistans) und DPK (Demokratische Partei Kurdistans) weitgehend ungehemmt bis in die unteren Schichten der Bevölkerung einnisten, alles dominieren und unter sich aufteilen. Das wirkt sich auch in der heutigen Situation noch aus, auch wenn vorübergehend eine Oppositionsbewegung namens Goran Veränderung, wie der Name übersetzt heißt, versprach.

Doch der Frühling des politischen Pluralismus in Kurdistan ist ebenso zum Herbst geworden wie die damit einhergehende Pressefreiheit. Goran ist derzeit tief zerstritten und steht vor der Spaltung. Das für die kurdische Region bestehende Pressegesetz soll verschärft werden. In einem im November vergangenen Jahres veröffentlichten Bericht der Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) über die Situation der Medien in Kurdistan heißt es: „Die überwiegende Mehrheit der Medien ist nicht unabhängig und fungiert als Sprachrohr politischer Gruppierungen, eine Zunahme von Gewalt gegen Journalisten in dem Gebiet ist festzustellen.“¹

Verschärfung der Pressegesetze

Besorgt verfolgt ROG außerdem die derzeitige politische Diskussion, Pressegesetze zu verschärfen. Damit könnte die juristische Verfolgung von kritischen Journalisten zunehmen. Schließlich gebe es weder bei Politikern noch bei vielen Journalisten ein ausgeprägtes Verständnis für die zentrale Rolle der Medien bei der unabhängigen Meinungsbildung. Die Kritik von Reporter ohne Grenzen wiegt schwer, zumal sich die politischen Verantwortlichen der kurdischen Regional-

regierung gerne damit brüsten, in ihrem Demokratisierungsprozess am weitesten fortgeschritten zu sein und oftmals den Anspruch erheben, als Vorbild für die Gesamtentwicklung des Landes zu dienen.

Wie oft Ahmed Mira schon Drohanrufe bekommen hat, kann er gar nicht mehr nachvollziehen. Zwei Mal zu Geldstrafen verurteilt und insgesamt drei Monate Gefängnis sind das Resultat seiner journalistischen Arbeit für das unabhängige Nachrichtenmagazin Lvin – Bewegung –, dessen politischer Redakteur er ist und das vierzehntägig in Suleimaniya erscheint. Berichte über Korruption oder Persönliches über die Kurdenführer werden mit allen Mitteln bekämpft. Mira schrieb über den bedenklichen Gesundheitszustand des Präsidenten und musste dafür 13 Tage ins Gefängnis. Sein Reporterkollege Soran Mama Hama deckte die Verwicklung kurdischer Polizisten in einen Prostitutionsring auf und wurde vor seinem Haus erschossen. Auch „Hawlati“, die mit 50000 Exemplaren größte unabhängige Zeitschrift Kurdistans, die wöchentlich erscheint, musste bereits 35 Strafverfahren über sich ergehen lassen, die alle wegen ihrer Berichte über Korruptionsfälle angestrengt wurden.

Proteste gegen staatliche Willkür

Doch was im vergangenen Jahr im Frühjahr geschah, löste erstmalig eine Protestwelle in Sachen Pressefreiheit aus: Vor der Salahaddin-Universität in Erbil wurde ein Student der englischen Literatur entführt und wenige Tage später mit Handschellen und mehreren Kugeln im Körper tot in der Nähe von Mossul aufgefunden. Sardasht Othman war 23 Jahre alt und schrieb für die monatlich erscheinende Zeitung „Ashtiname“ Geschichten über Korruption. Er hatte einen eigenen Blog und veröffentlichte auch Artikel bei der online erscheinenden „Kurdistan Post“. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte Kurdistans versammelten sich etwa 300 Studentinnen und Studenten vor dem Universitätsgebäude und protestierten gegen die Willkür der regionalstaatlichen Stellen, die sie für den Tod ihres Kommilitonen verantwortlich machten.

Othmans Ermordung konnte nicht ohne Wissen der Verantwortlichen geschehen

¹ Ebd.

sein, so die Argumentation der Protestierer. Beim Verlassen der kurdischen Gebiete gibt es strenge Auto- und Identitätskontrollen. Um nach Mossul zu gelangen, muss man mehrere Kontrollposten passieren. „Die Ermordung von Sardasht ist die Ermordung unserer Demokratie“, hieß es auf Transparenten, die einen Schreibstift und eine Pistole als Symbole zeigten. Die kurdische Regionalregierung versprach daraufhin eine gründliche Untersuchung des Vorfalles. Man werde die Verantwortlichen vor Gericht stellen, hieß es in einer öffentlichen Erklärung.

Der Untersuchungsbericht, der im September 2010 vorgestellt wurde, gab dann erneut Anlass zu Protesten. Mit nur 430 Worten war er äußerst knapp gehalten und beschuldigte den getöteten Journalisten der Mitgliedschaft in der Terrororganisation Ansar al-Islam. Sein Mörder sei ebenfalls Mitglied gewesen und habe Othman ermordet, weil er eine ihm aufgetragene Arbeit nicht erledigt hätte. „Alle in Kurdistan halten die Ergebnisse dieser unabhängigen Untersuchungskommission für höchst fragwürdig“, fasst Thomas von der Osten-Sacken die Reaktionen zusammen. Der Chef der deutsch-irakischen Nichtregierungsorganisation „Wadi“[¶] engagiert sich seit vielen Jahren für die Opfer der Anfal-Operation[†] Ende der 1980er Jahre.

Mehr demokratische Machtkontrolle in Bagdad

So gesehen kann dem journalistischen Anspruch von Pluralismus in Bagdad mehr Genüge getan werden als in Erbil. Hier gibt es eine Opposition, deren Rolle zwar noch nicht klar definiert ist und die sich sprunghaft wandelt, aber immerhin vorhanden ist. Selbst in der jetzt nach monatelangem zähen Ringen gebildeten neuen Regierung der Einheit, die alle Kräfte und Gruppen Iraks mit einbindet, kristallisiert sich allmählich heraus, wer künftig auf wen aufpassen wird.

Als der junge Schiitenführer Muqtada as Sadr im Januar 2011 aus dem Iran in

den Irak zurückkehrte und in Nadjaf seine erste Rede nach drei Jahren selbst gewähltem Exil hielt, kündigte er an, dass er und seine Anhänger ganz genau darauf achten werden, ob Nuri al Maliki seine Versprechen einhalte, die er bei seiner erneuten Ernennung zum Ministerpräsidenten gegeben habe. Nach anfänglichem Zögern und offensichtlich gutem Zureden der Iraner war as Sadr schließlich bereit, seine Stimmen – 40 Abgeordnete im Parlament – dann für al Maliki und nicht für Iyad Allawi als Premier zu geben. Letzterer hatte zwar knapp die Wahlen gewonnen, konnte aber nicht die notwendigen Mehrheiten für die Wahl zum Regierungschef sicherstellen. Nun soll Allawi eine Kontrollfunktion als Vorsitzender eines noch zu ernennenden Sicherheitsrates erhalten, eine Art inneroppositionelles Gremium.

Wie auch immer sich die neue Machtkonstellation auswirkt, schon in der letzten Amtszeit al Malikis wurde eine bestimmte demokratische Machtkontrolle sichtbar. Das Verständnis des Parlaments ist ein völlig anderes als noch zu Beginn des Demokratisierungsprozesses, als die Abgeordneten sich als Marionetten ihrer jeweiligen „Führer“ darstellten. Immer häufiger werden jetzt Minister „gegrillt“ und müssen Rechenschaft ablegen. In Kooperation mit den Zeitungen der Oppositionsparteien – besonders der sunnistisch dominierten „Al Mashraq“ – wurden über 2000 Korruptionsverfahren angestrengt, wengleich nur zehn Prozent zu Verurteilungen führten. Die Vorwürfe gegen einige Minister waren so schwerwiegend, dass deren Rücktritt erfolgte oder sie in Abwesenheit verurteilt wurden, falls sie noch rechtzeitig außer Landes fliehen konnten.

Allerdings ist die Kampagne gegen die grassierende Korruption auf halber Strecke stecken geblieben, als der mit dem Ministerpräsidenten befreundete Handelsminister mit mehreren Millionen Dollar in der Tasche am Flughafen in Bagdad erwischt wurde, als er das Geld außer Landes bringen wollte. Maliki hatte bei seinem Amtsantritt 2006 angekündigt, er wolle die Bekämpfung der Korruption als zweites Hauptziel nach der Verbesserung der Sicherheitslage anpeilen. Zuvor hatte Transparency International den Irak als eines der korruptesten Länder weltweit gelistet.

¶ Vgl. www.wadi-online.de (25. 1. 2011).

† Vgl. zur Anfal-Operation und ihrer Aufarbeitung den Beitrag von Karin Mlodoch in dieser Ausgabe.

Trotz aller Fortschritte und Rückschritte Iraks auf dem Weg zur Demokratie darf nicht vergessen werden, dass sich das Land noch immer in einem Transformationsprozess befindet. Es findet ein Regimewechsel statt. Die alten Eliten sind teilweise ermordet oder außer Landes getrieben worden. Eine neue hat sich noch nicht herausgebildet. Vergleiche mit westlichen Demokratien sind daher unzulässig. So ist auch die Pressefreiheit ein für die Iraker völlig neues Phänomen und stellt als solches für die wenigsten einen Wert dar.

Mit der Meinungsfreiheit ist es schon anders. Das geflügelte Wort, fünf Iraker haben zehn Meinungen und die vertreten sie jetzt lautstark, reflektiert die Veränderung. Trotzdem herrscht bei vielen irakischen Journalisten nach wie vor die Haltung, dass es nur eine Wahrheit gibt, oftmals die ihre. Auf Bitten westlicher Korrespondenten an ihre irakischen Mitarbeiter, mehr als eine Meinung zu einem bestimmten Thema einzuholen, ernennt man zuweilen ein betretenes Nachdenken und die Frage „Warum?“.

Mehr Pluralismus durch das Radio

Diese Haltung ändert sich nur langsam, am ehesten im Radio. Das ohnehin schnellste und unkomplizierteste Medium hat eine rasante Verbreitung erfahren. Rund 80 Radiostationen gibt es derzeit allein in Bagdad und den umliegenden Provinzen. Gezählt hat sie niemand so genau. Viele von ihnen sind unabhängig und privat. Der technische und finanzielle Aufwand zum Betreiben eines Rundfunksenders ist gering, der Standort flexibel. Manchmal sind auf einer Frequenz zwei oder gar drei Sender zu hören: morgens, mittags, abends – unterschiedlich.

Beliebt sind neben den Nachrichtensendungen und dem von den Amerikanern ins Leben gerufenen Popmusiksender „Bagdad FM“ vor allem Sendungen mit Hörerbeteiligung. Anfangs hatten die Moderatoren oft Schwierigkeiten, sich mit den unterschiedlichen Meinungen auseinanderzusetzen. Mittlerweile begreifen vor allem junge Journalisten den dadurch erzeugten Pluralismus jedoch durchaus als Errungenschaft. Nicht selten hört man gerade in Bagdad von jungen Irakern, dass sie stolz seien, so weit

in Richtung Demokratie gekommen zu sein, angesichts der despotischen, diktatorischen Regime ringsherum.

Mehr Vielfalt – mehr Orientierungslosigkeit

Doch die noch ungewohnte Vielfalt bringt auch eine gewisse Orientierungslosigkeit, die sich auch in den Medien widerspiegelt. Vor allem Fernsehsender ändern ständig ihre Perspektiven. So hat die von der Bundesregierung finanzierte irakische Internetplattform „Niquash“, die anfangs auch als Radiosender das Wahljahr 2005, in dem zwei Parlamentswahlen und das Verfassungsreferendum stattfanden, kritisch begleitet, im Mai 2008 eine Untersuchung der Fernsehberichterstattung über die Militäroperation der irakischen Regierung gegen die Schiitenmiliz Mahdi-Armee ausgewertet. Sie kam zu dem Schluss, dass vor allem die beiden sunnitischen Oppositionssender „Al-Sharqiya“ und „Al-Rafidain“ ein verwirrendes Bild von der Operation zeichneten und eigentlich keine klare Linie in der Berichterstattung erkennen ließen. Während ansonsten alle Handlungen der schiitischen Regierung kritisiert und verbal attackiert werden, bot nun die Tatsache, dass Schiiten gegen Schiiten in Basra operierten, ein schier unlösbares Argumentationsproblem.

Nicht viel besser erging es dem Regierungssender „Al Iraqiya“, der sich ebenfalls schwer tat, die Situation differenziert darzustellen. Er vermied es bis zum Schluss, den jedem Iraker bekannten Namen der Miliz und deren Chef, Muqtada as Sadr, zu nennen, gegen welche die irakische Armee vorging. Stattdessen war von „Aufständischen“ die Rede – dem Terminus, der all die Jahre zuvor für die sunnitischen Widerständler benutzt wurde.

Auch der Ausgang der blutigen Gefechte wurde verklärt. Während andere Sender und hier vor allem die arabischen Nachrichtensender „Al Arabija“ und „Al Jazeera“, aber auch der von den USA finanzierte Kanal „Al Hurra Iraq“ ziemlich genau über Opferzahlen und die anfängliche Schlappe der irakischen Armee informierten, sang „Al Iraqiya“ bis zuletzt das Loblied auf Maliki und den von ihm befohlenen Einsatz in Basra und ließ die Zuschauer im Glauben, dass die Armee

ohne größeren Widerstand in die Stadt einmarschiert sei. Tatsächlich wendete sich das Blatt aber erst, als US- und britische Truppen den Irakern zu Hilfe kamen.

Journalismus am Scheideweg

Nach acht Jahren „Übungsphase“ in Sachen Demokratie steht der Journalismus im Irak derzeit am Scheideweg. Der für Ende des Jahres geplante Abzug aller amerikanischen Truppen birgt auch für die Journalisten im Land eine neue Herausforderung. Das bereits gesunkene Medieninteresse am Irak in den westlichen Ländern wird weiter abnehmen, ausländische Korrespondenten werden abgezogen oder ihre Anzahl zumindest reduziert. Dadurch wird der geistige Austausch, aber auch die Weitergabe erfragter handwerklicher Tipps erschwert.

Hinzu kommt, dass die verbesserte Sicherheitslage in Bagdad und auch in den umliegenden Provinzen die Menschen nicht mehr ans Haus fesselt, wie in den zurückliegenden Terrorjahren, als Fernsehen und Radio oft die einzigen Fenster zur Außenwelt darstellten. Auch Wahlkämpfe sind großteils über die Medien abgewickelt worden. Veranstaltungen oder Straßendiskussionen waren für die ständig bedrohten Kandidaten undenkbar. Daher wurden Unsummen für Werbespots oder ganzseitige Anzeigen in den Zeitungen ausgegeben. Wer kein Geld hatte, die Medien mit seiner Botschaft zu „füttern“, hatte keine Chance, gewählt zu werden.

Spezialisierung und Differenzierung

Es ist also unschwer vorauszusagen, dass in der veränderten Situation abermals eine Selektion stattfinden wird, wenn auch nicht so dramatisch wie nach dem Sturz der Diktatur. Jetzt geht es eher um die Qualität des künftigen Journalismus im Irak. Während die Medien in den vergangenen Jahren vornehmlich auf Sicherheitsberichterstattung konzentriert waren, gilt es jetzt, sich neue Felder zu erschließen. Das Dilemma, in dem die Journalisten dabei stecken, wird zurzeit auch in den meisten deutschen Medien sichtbar, die nach wie vor fast ausschließlich über Bombenanschläge und Terror berichten. Themen wie Iraks Weg zur Demokratie

oder der Aufbau der Zivilgesellschaft, die Situation des Gesundheitswesens oder des Bildungssektors werden kaum angesprochen. Auch das Leben im Alltag findet so gut wie keinen Ausdruck in der deutschen Medienlandschaft.

Das liegt zum einen daran, dass es nur zwei deutschsprachige Korrespondenten gibt, die regelmäßig aus dem Irak berichten und dort ansässig sind, aber auch an den irakischen Kollegen, die für deutsche oder andere ausländische Medien vor Ort arbeiten. Da die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren alles andere überschattete, war die Konzentration darauf nur natürlich. Schulungen und Workshops waren entsprechend ausgerichtet. Themenfelder wie Wirtschaft, Gesellschaft und Lifestyle wurden weitgehend ausgeblendet. Dies gilt für die Berichterstattung in den ausländischen wie in den inländischen Medien. Nur der Sport und hier vor allem Fußball hatte in den irakischen Medien immer einen festen Platz.

Es wird also künftig eine Spezialisierung und Differenzierung bei den Journalisten im Irak einsetzen, Experten für bestimmte Themenbereiche müssen sich herausbilden. Journalisten, die bislang über alles berichteten, werden sich auf bestimmte Themenfelder konzentrieren. Dafür brauchen sie Rat und Training. Der Austausch mit anderen, auch ausländischen Kollegen sei hier existenziell nach so vielen Jahren in einer geschlossenen Gesellschaft mit Krieg und Embargo. „Bitte geht ihr jetzt nicht auch weg“, hört man irakische Journalisten derzeit vermehrt sagen.

In die Debatte um ein Pressegesetz ist in den vergangenen Wochen Bewegung geraten. Parlamentspräsident Usama al Nijaifi gab bekannt, dass die Verabschiedung ganz oben auf der Agenda der Volksvertretung in Bagdad stünde. Der Gesetzesentwurf wurde vom irakischen Journalistenverband erarbeitet. Bei einem Treffen mit dessen Vorsitzenden sagte al Nijaifi, er selbst werde sich nach Kräften dafür einsetzen, dass der Entwurf zügig verabschiedet werde. „Sie können es praktisch als verabschiedet betrachten.“



Irak - Ethnisch-religiöse Gruppen

(c) Kämmer-Kartographie, Berlin

<p>Sunnitische Muslime</p> <ul style="list-style-type: none"> Araber Kurden Turkmenen 	<p>Schiitische Muslime</p> <ul style="list-style-type: none"> Araber Kurden Turkmenen 	<p>Christliche Minderheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> Armenier, Assyrer, Chaldäer Mandäer 	<p>Andere Minderheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> Yeziden Unbewohnt 	<p>Grenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> Staatsgrenze Irak Grenze einer Provinz Andere Staatsgrenze
--	---	--	--	---

Autonome Region Kurdistan
 Von Kurden beanspruchtes Gebiet

0 100 200 300 400 km

Ferhad Ibrahim

Droht eine Zerstörung der ethnischen und religiösen Vielfalt im Irak?

Anschläge gegen irakische Christen, gegen Siedlungen und Einrichtungen der Yeziden in den Regionen Sinjar und Shaykhan

Ferhad Ibrahim

Dr. phil., geb. 1950; Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, am Lehrstuhl für die Geschichte Westasiens der Universität Erfurt. Seit Februar arbeitet er als DAAD-Kurzzeitprofessor an der Universität Duhok/Irak, Nordhäuser Straße 63, 99089 Erfurt. dibrim@yahoo.de

(Provinz Ninawa) sowie gegen Angehörige der kleineren religiösen Minderheiten (vor allem Schabak und Mandäer) haben in den vergangenen drei Jahren zugenommen. Wie bei den Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten spielt auch hier Al Qaida eine wichtige

Rolle. Bislang scheiterte sie beim Versuch, einen landesweiten konfessionellen und ethnischen Bürgerkrieg anzuzetteln, weshalb immer mehr die militärisch wehrlosen nichtmuslimischen Minderheiten oder heterodoxen islamischen Gruppen ins Visier geraten.

Al Qaida geht es um die Schaffung und Aufrechterhaltung von Unruhe und Chaos im Land, die Vorführung der Unfähigkeit von irakischen Sicherheitskräften, für Sicherheit zu sorgen, und die Vertreibung der nichtmuslimischen Minderheiten aus dem Irak. In diesem Kontext sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass die überwiegenden Anschläge gegen islamische Einrichtungen gerichtet und die meisten Opfer der Gewalt Muslime sind.

Auf den ersten Blick eher paradox wirkt die Tatsache, dass die Eskalation der Gewalt gegen religiöse und ethnische Minderheiten in einer Zeit stattfindet, in welcher Ethnizität und Konfessionalismus in der irakischen Politik immer mehr relativiert werden. Ethnisch-konfessionelle Grenzziehungen verlieren als Bezugspunkte an Bedeutung, und eine politische Differenzierung innerhalb der ein-

zelnen ethnischen und konfessionellen Gruppen tritt deutlicher zutage. Innerhalb der drei größten Bevölkerungsgruppen (Schiiten, Sunniten und Kurden) spalteten sich die politischen Blöcke und machten Raum für mehr politischen Pluralismus.¹ Doch wie verträglich ist die Verfolgung von religiösen und ethnischen Minderheiten mit dem Prozess der ethnisch-politischen Differenzierung?

Ethnische und religiöse Heterogenität

Zweifelsohne haben die Minderheiten im Irak nach dem Sturz des Baath-Systems zum ersten Mal seit der Gründung des Staates im Jahr 1921 politische Anerkennung erfahren. Die politischen Freiheiten, die Hervorhebung ihrer besonderen Identität und die Partizipation im politischen System sind sichtbare Elemente des Systemwechsels im Irak. Doch schon bei der Frage, um welche ethnischen und religiösen Gruppen es sich hierbei handelt, wird es schwierig, da die Gruppenidentitäten noch nicht definiert beziehungsweise nach wie vor im Aushandeln begriffen sind. Abgesehen von den Arabern, Kurden und Turkmenen scheint es, dass die Frage nach der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit die verschiedenen Minderheiten eher spaltet als vereint.

Im allgemeinen Sprachgebrauch sind mit Minderheiten die Yeziden, die Christen und die heterodoxen islamischen Gruppen (Schabak, Kakaiya und Mandäer) gemeint. Es liegen zwar keine präzisen Angaben über die Größe der ethnisch-religiösen Gruppen vor – da in der Vergangenheit bei den Volkszählungen im Irak ethnische und konfessionelle Kriterien nicht berücksichtigt wurden; das Baath-Regime versuchte in den 1970er Jahren gewalttätig, eine sprachliche und kulturelle Arabisierung durchzusetzen. Aber man kann davon ausgehen, dass die Anzahl der Schabak, Kakaiya und Mandäer jeweils unter 100 000 liegt. Die Zahl der yezidischen Bürgerinnen und Bürger lag vor der großen Auswanderungswelle in den 1990er Jahren bei etwa 700 000. Die Christen waren die größte nichtmusli-

¹ Vgl. Adeed Dawisha, Iraq: A Vote Against Sectarianism, in: Journal of Democracy, 21 (2010) 3, S. 27–40; Ferhad Ibrahim, Kriza Siysi ya li Iraqe u Rola Kurdan (Die politische Krise im Irak und die Rolle der Kurden), in: Le Monde Diplomatique Kurdi, Dezember 2010.

mische Gruppe, und ihre Zahl dürfte vor der großen Auswanderungswelle in den 1990er Jahren faste eine Million betragen haben.

Was das soziale Leben betraf, unterschied sich der Irak kaum von anderen Staaten in der Region: Die soziale Kommunikation fand vor allem innerhalb der eigenen ethnischen oder religiösen Bezugsgruppe statt. Doch ist es in der 90-jährigen Geschichte des modernen Irak nie zu Konflikten zwischen den religiösen Minderheiten gekommen – was auch damit zusammenhängt, dass gerade kleinere Minderheiten sich nicht allein auf ihre religiöse und/oder ethnische Identität festlegen wollen. Ein Beispiel sind die Yeziden: Unter ihnen konkurrieren die Anhänger der kurdischen Identität mit den Protagonisten einer genuin yezidisch-nationalistischen Identität. Bei den Christen wiederum konkurrieren die Anhänger eines assyrischen Nationalismus mit dem Klerus, der einen Machtverlust befürchtet, wenn sich bei den Christen die Nationsidee durchsetzen sollte.

Verfassungsrechtliche Stellung

Seitdem die irakische Verfassung im Jahr 2005 nach einem Referendum in Kraft trat, gibt es Debatten über die in ihr festgeschriebenen Rechte für ethnische und religiöse Gemeinschaften. So unterstreichen einige Artikel explizit die Rolle des Islams innerhalb des Gemeinwesens, was von nichtmuslimischen Gemeinschaften als Diskriminierung empfunden wird. Bereits im zweiten Artikel wird konstatiert, dass der Islam die Staatsreligion des Irak und eine Hauptquelle der Gesetzgebung ist. Kein Gesetz dürfe verabschiedet werden, das mit den Grundsätzen des Islam im Widerspruch steht. Dieser Artikel wird wiederum dadurch relativiert, dass kein Gesetz im Widerspruch mit den Prinzipien der Demokratie (Artikel 2 Absatz B) und mit den in der Verfassung erwähnten Grundrechten stehen darf.

Für Religionsgemeinschaften werden in der Verfassung (Artikel 42) drei Garantien gegeben: die Freiheit der Religionsausübung, die Sicherheit der religiösen Einrichtungen und der Schutz der religiösen Stiftungen. Außerdem wird in Artikel 3 festgehalten, dass der Irak ein multinationales und multireligiöses Land ist, und die Angehörigen der verschiedenen ethnischen Gruppen ihre Mutter-

sprachen als Schul- und Ausbildungssprache benutzen dürfen (Artikel 4). Neben den beiden Hauptsprachen Arabisch und Kurdisch werden Turkmenisch und Syrisch zu offiziellen Sprachen in den Gebieten mit turkmenischer beziehungsweise assyrischer Mehrheit erklärt. In Artikel 10 werden auch die schiitischen heiligen Schreine (*atabat*) und andere religiöse Stätten (*maqamat*) unter den Schutz der Verfassung gestellt. Angehörige der nichtmuslimischen Minderheiten wie Christen oder Yeziden bemängeln aber, dass ihre religiösen Einrichtungen, die oft zum Ziel terroristischer Anschläge werden, *expressis verbis* nicht erwähnt werden.¹²

Das wohl weitreichendste Recht ist in Artikel 125 garantiert: die Errichtung von Selbstverwaltungsgebieten für Turkmenen, Assyrer und Chaldäer, wenn sie in bestimmten Regionen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

Turkmenen

Es gibt keine gesicherten Angaben über die Anzahl der Turkmenen. Einige Schätzungen gehen von fünf Prozent der irakischen Bevölkerung aus. Die *Irak Türkmen Cephesi* (Irakische Turkmenische Front) geht bei ihren Berechnungen für das Jahr 1994 von 1 750 000 Turkmenen aus.¹³ Heute dürfte ihre Zahl demnach bei weit über zwei Millionen liegen. Die Wahlergebnisse spiegeln diesen Anteil jedoch nicht wider: Bei den Wahlen zum Verfassungskonvent im Januar 2005 wurden gerade einmal drei turkmenische Abgeordnete, bei den Parlamentswahlen im Dezember 2005 sogar nur ein einziger Vertreter gewählt.

Die turkmenischen Parteien verlangen die Anerkennung ihrer ethnischen Selbstständigkeit und das Recht auf Selbstverwaltung. Beides ist eng verknüpft mit der Frage nach der Zukunft der umstrittenen Provinzen Kirkuk und Mossul, da die größten turk-

¹² Vgl. Hasan Ismail al-Jutayr, *Huquq al-Izidiyin fi Dustur al-Iraqi wa musuadat Iqlim Kurdistan* (Die Rechte der Yeziden in der irakischen Verfassung und im Entwurf der Verfassung für die kurdische Autonomieregion), in: *Al-Mahfal*, (2010) 1, S. 65–71.

¹³ Vgl. Webseite der Irakischen Turkmenischen Front: www.kerkuk.net/kurumsal/?dil=1055&metin=7 (25. 1. 2011).

menischen Siedlungsgebiete entweder in der Provinz Kirkuk (auf die vor allem die Kurden Anspruch erheben) oder in der multiethnischen Provinz Mossul (hier bilden zwar Araber die Mehrheit, aber auch bedeutende Gruppen von Kurden, Christen und Schabak sind hier beheimatet) liegen. Dass die Forderung turkmenischer Nationalisten, dass Kirkuk aus historischen Gründen von den Turkmenen verwaltet werden sollte, erfüllt wird, scheint wenig realistisch. Nicht nur weil die Kurden dies ablehnen, sondern auch, weil die arabische Mehrheit des Irak lediglich dazu bereit ist, den Kurden eine Art Autonomie zuzugestehen.^{f4}

Diese machtpolitisch schwierige Position spaltete auch die politischen Parteien der Turkmenen in zwei Lager: Ein Teil hat sich für die Zusammenarbeit mit den Kurden im Rahmen der regionalen Autonomieverwaltung in Erbil entschieden. Ein anderer versucht den Einfluss der Kurden im post-baathistischen Irak einzudämmen. Trotz der Spannungen ist bislang aus den kurdisch-turkmenischen Auseinandersetzungen kein gewaltförmiger Konflikt entstanden.

Christliche Minderheiten

Die christlichen Minderheiten des Irak wurden, nachdem die Anzettelung eines sunnitisch-schiitischen Bürgerkrieges vorerst gescheitert zu sein scheint, zum Hauptziel Al Qaidas. Assyrer, Chaldäer und Syrer sind ohne Unterbrechung seit dem Altertum in Mesopotamien angesiedelt. Diese historische Kontinuität und die feste Verankerung im Christentum sind Hauptelemente ihrer Identität.

Die Verunsicherung der irakischen Christen setzte allerdings schon während des irakisch-iranischen Krieges (1980–1988) ein. Es zeichnete sich ab, dass eine wenig tolerante Interpretation des politischen Islam zu einem Faktor in der irakischen Politik werden würde. Die Baath-Regierung, die als säkular galt, übernahm während des Krieges gegen Iran sukzes-

^{f4} Vgl. Markaz Dirasat al-Wahda al-Arabiya, Birnamaj li mustaqbal al-Iraq ba'da inha' als-ihtilal (Zentrum für Arabische Einheit, Programm für die Zukunft des Irak nach der Beendigung der Besetzung), Beirut 2005.

sive religiös-islamische Inhalte in seinen politischen Diskurs.^{f5} Die Auswanderungswelle der irakischen Christen als Folge ihrer Perspektivlosigkeit setzte in dieser Phase ein. Die meisten ließen sich in den USA nieder.

Die zweite Welle der Auswanderung fand in den 1990er Jahren statt. Hintergrund war die Zunahme der Gewalt und der Konflikte in vielen Staaten des Vorderen Orients, worunter auch die Lebensqualität und die Lebenschancen im Irak (welche durch die internationalen Sanktionen ohnehin begrenzt waren) litten. Hinzu kam, dass das eher säkulare Regime Saddam Husseins im Zuge der Niederlage im Zweiten Golfkrieg und des folgenden Legitimitätsverlustes immer stärker auf islamische und islamistische Diskurse und religiöse Symboliken zurückgriff. Derselbe Saddam Hussein, der unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges gegen den Iran im Jahr 1980 das „religiös-politische Phänomen“ ausmerzen wollte,^{f6} übernahm vermehrt islamisch-religiöse Inhalte in seine Politik und Rhetorik. Auch nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 stoppte die Auswanderung nicht, zumal sich Verböten eines möglichen Bürgerkrieges abzeichneten.

Bei den im Irak lebenden Christen handelt es sich in der Mehrheit um Chaldäer, Assyrer und Syrer, die verschiedene Dialekte der aramäischen Sprache sprechen. Hinzu kommen Armenier, die vor und während des Ersten Weltkrieges nach Mesopotamien geflüchtet waren. Zwar entwickelte sich infolge des Ersten Weltkrieges auch unter den Assyrern und Syrern eine nationale Idee im Sinne einer ethnischen Identität, sie blieb aber auf ihre säkularen Eliten beschränkt. Der Klerus der orthodoxen, katholischen und anderer Kirchen Westasiens, wo diese Völkerschaften angesiedelt sind, erteilte der ethnischen Identität eine deutliche Absage.^{f7} Die Spaltung in drei Hauptgruppen (Chaldäer, Assyrer und Syrer) entlang der konfessionellen Grenzen ließ

^{f5} Dazu gehörten die Verdrängung der Frau aus dem öffentlichen Leben, die Abschaffung der Koedukation und die Benutzung von islamischen Symbolen.

^{f6} Vgl. Ferhad Ibrahim, Konfessionalismus und Politik in der arabischen Welt: die Schiiten im Irak, Münster 1997, S. 286–294.

^{f7} Vgl. Gabriele Yonan, Assyrer heute. Kultur, Nationalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten. Verfolgung und Exil, Hamburg 1978.

die Idee einer umfassenden nationalen Bewegung der Assyrer oder der Chaldäer-Assyrer scheitern.

In der irakischen Verfassung von 2005 ist von der chaldäisch-assyrischen Gemeinschaft die Rede. Die christlichen Mitglieder des Verfassungskonvents hatten diese Formulierung vorgeschlagen. In der Realität lehnen vor allem die Chaldäer die Darstellung der beiden Gruppen als eine gemeinsame ethnische Gruppe ab. Stattdessen sprechen auch sie seit dem Sturz des Saddam-Regimes vermehrt von einer „chaldäischen Nation“.

Diese Unstimmigkeiten und der fehlende Konsens innerhalb der christlichen Gemeinden haben signifikante politische Auswirkungen, vor allem dahingehend, dass sich die Christen im Irak nicht über Maßnahmen, die ihre Sicherheit gewährleisten könnten, einigen können.

Bis Ende des Jahres 2010 waren Schätzungen zufolge 25 Kirchen und Kloster Ziele von Anschlägen, bei denen etwa 900 Christen umkamen.¹⁸ Nach der Ermordung des chaldäischen Erzbischofs von Mossul Paulos Faraj Rahho durch Al Qaida im Jahre 2008 und nach dem Anschlag gegen die Sankt Joseph-Kirche in Bagdad im Oktober 2010 wurden Stimmen laut, welche die Errichtung einer autonomen Region für die Christen in der Mossul-Ebene forderten. Doch die christliche Geistlichkeit wie der Bischof von Kirkuk Louis Sako und andere irakische Kirchen lehnen einen Sonderstatus für die Christen und die Errichtung von temporären Schutzzonen, was sie als „Gettoisierung“ der Christen bezeichnen, ab.¹⁹ Zudem argumentierte Bischof Sako, dass die Christen in verschiedenen irakischen Provinzen ansässig seien, so dass eine Autonomielösung schwer realisierbar wäre. Ein Teil dieser Gebiete wird von der Zentralregierung und der andere von der kurdischen Autonomieverwaltung in Erbil verwaltet.

¹⁸ Vgl. Usama Mahdi, al-Iraq yarfudh da'awat kharijya li-hijrat masihiyih (Der Irak lehnt externe Forderungen zur Auswanderung seiner Christen ab), in: Elaph vom 23.1.2011, online: www.elaph.com/Web/news/2011/1/626862.html (25.1.2011).

¹⁹ Vgl. Erklärung von Bischof Louis Sako, online: <http://Chaldoashour.com/vb/showthread.php?03d117> (25.1.2011).

Stattdessen kursiert ein anderer Plan, der vom Assyrisch-Chaldäisch-Syrischen Rat¹⁰ unter Führung des Politikers in der Autonomen Kurdischen Region Sarkis Agajan propagiert wurde. Dieser Plan sieht die Angliederung der christlichen Gebiete Mossuls an die christlichen Gebiete in der kurdischen Region vor. Aus diesen wiederum solle ein größeres Selbstverwaltungsgebiet der Christen unter dem Dach der regionalen Autonomieverwaltung in Erbil entstehen. Während diese Idee heftige Ablehnung seitens der Araber in Mossul hervorruft, gibt es erwartungsgemäß Unterstützung aus den Reihen der Kurden: Für sie wäre das ein territorialer Zugewinn, und durch die Angliederung der Christen hätten sie eine gut ausgebildete und wirtschaftlich aktive Minderheit gewonnen.

Eine andere Variante der christlichen Selbstverwaltung wird von Christen in der Diaspora propagiert. Sie sieht die Ausgliederung der christlichen Gebiete aus der kurdischen Region und ihre Fusionierung mit den christlichen Gebieten Mossuls vor. Diese Option allerdings wird von den Arabern, Turkmenen und Kurden abgelehnt.

Für viele Christen scheint deshalb die Flucht aus dem Irak die einzige Lösung zu sein. Diesen Weg wählten bislang bereits etwa 300 000 bis 500 000 von ihnen. Weder die politischen Parteien der Assyrer und Chaldäer noch irakisch-christliche Kirchen oder Vertreter der Zentralregierung favorisieren zwar die Auswanderung, können sie aber wegen der sich häufenden Anschläge nicht verhindern.

Mandäer

Die Mandäer (Sabäer), die vorwiegend im Südirak, Bagdad, Basra, Nasiriya und Samarra beheimatet sind, sind eine eigenständige ethno-religiöse und sprachliche Minderheit. Während der Diktatur unter Saddam Hussein wurden auch sie Opfer einer aggressiven Arabisierung. Sie sprechen teilweise noch ihre Muttersprache, modernes Mandäisch. Ihre Liturgiesprache ist das sogenannte klassische Mandäisch, das in einem eigenen mandäisch-

¹⁰ Der Rat, der um 2005 in Erbil entstanden ist, geht davon aus, dass die Christen mit allen ihren konfessionellen Gemeinschaften eine ethnische Gruppe darstellen.

aramäischen Alphabet geschrieben wird. Die Mandäer praktizieren bis heute eine sehr alte, der überlieferten Tradition nach aus dem syro-palästinensischen Raum stammende vorislamische Religion.¹¹

Da die Mandäer von vielen Muslimen nicht als eine monotheistische Religion anerkannt werden, genießen sie keinen besonderen Schutz. Sie werden zwar in der irakischen Verfassung als Bestandteil des irakischen Volkes betrachtet, aber dies verhindert nicht die Übergriffe und die gegen sie gerichteten Anschläge. Selbst Nachrichten über die Anschläge auf sie erreichen kaum die irakische, regionale oder internationale Öffentlichkeit. Dass ihre Siedlungsgebiete in verschiedenen irakischen Provinzen liegen, erschwert es zusätzlich, sie vor Übergriffen und Terror zu schützen.

Die seit Tausenden von Jahren in Mesopotamien beheimateten Mandäer werden wahrscheinlich die erste nichtmuslimische Gruppe des Irak sein, die *en bloc* das Land verlassen wird und damit die erste Gemeinschaft, die ihre Heimat für immer verliert. Über die Hälfte wanderte bereits aus, weshalb dort gegenwärtig nur noch etwa 13 000 Mandäer leben.¹² Die Mehrheit flüchtete bereits ab 1990 nach Amerika, Australien und Europa. In Deutschland leben inzwischen 1900 Mandäer, die als politische Flüchtlinge Asyl bekommen haben.

Yeziden

Die Yeziden¹³ (*ezidi*) sind eine der ältesten nichtmuslimischen Gruppen im Irak. Die irakische Verfassung von 2005 stellt das Yezidentum als Religion dem Islam und Christentum gleich.¹⁴ Dies gilt auch für die Verfas-

sung der kurdischen Region, die im Jahr 2010 zwar vom Regionalparlament verabschiedet wurde, aber noch durch ein Referendum bestätigt werden muss.

Die Yeziden lebten bis ins 19. Jahrhundert in fast allen Siedlungsgebieten der Kurden. Die Übergriffe der Osmanen und der muslimischen Kurden im 19. Jahrhundert dezimierte ihre Zahl dramatisch. Heute leben die etwa 700 000 Yeziden vor allem in den nordirakischen Provinzen Duhok und Mossul. Sie sind kurdischsprachig. Obwohl der Ursprung dieser Religion noch nicht eindeutig geklärt ist, liegen ihre Wurzeln in der vorislamischen Zeit. Zu ihren Elementen gehören altiranische, manichäische, synkretistische und orientalistisch-christliche Merkmale. Bedingt durch die islamische Umwelt gibt es auch Spuren dieser, aber die Gemeinschaft der Yeziden kann wegen der deutlichen rituellen, ethischen und sozialen Eigenheiten kaum als eine heterodoxe islamische Gruppe betrachtet werden.

Von nichtmuslimischen kurdischen Nationalisten, neuerdings auch in den Reihen der Yeziden selbst, wird die Yezidengemeinschaft essentiell dem Kurdentum zugeordnet.¹⁵ Die Kurden verlangen daher, dass die Sinjar- und Shaykhan-Gebiete, die in der Provinz Mossul liegen, der Autonomen Region Kurdistan zugeordnet werden. Auch innerhalb der Yezidengemeinschaft gibt es Stimmen, die eine Angliederung ihrer Siedlungsgebiete an Kurdistan befürworten. Sie erhoffen sich davon Schutz vor den Übergriffen von Islamisten. Diese Forderung wurde vor allem nach dem Anschlag der Al Qaida im Oktober 2007 in den Dörfern im Sinjar-Gebiet laut.

Diesen Stimmen steht eine kleine Gruppe von Politikern gegenüber, die eine eigene yezidische Identität propagieren und sich für die Gründung einer autonomen yezidischen Region *Ezidikhan*¹⁶ aussprechen. Sie verstehen sich als Vertreter des yezidischen Nationalis-

¹¹ Vgl. Rudolf Macuch, *Zur Sprache und Literatur der Mandäer*, Berlin 1976; ders., *Neumandäische Chrestomathie: mit grammatischer Skizze, kommentierter Übersetzung und Glossar*, Wiesbaden 1989.

¹² Vgl. Sarah Reinke, *Verfolgung der Mandäer im Irak und Iran*, in: *Pogrom*, 2 (2006).

¹³ Vgl. John S. Guest, *Survival among the Kurds. The History of the Yezidis*, London 1993; Philip C. Kreyenbroek, *Yazidi. Encyclopaedia of Islam*, Leiden 2002.

¹⁴ Vgl. Hasan Ismail al-Jutayr, *Huquq al-Yazidiyin fi al-Dustur al-Iraqi wa fi Musadat Iqlim Kurdistan (Die Rechte der Yeziden in der irakischen Verfassung und im Entwurf der Verfassung der kurdischen Region)*, in: *Al-Mahfal*, (2010) 1, S. 65–71.

¹⁵ Dagegen wehren sich die auf Eigenständigkeit bedachten Yezidengemeinden Armeniens und Georgiens entschieden.

¹⁶ *Ezidikhan* ist eine mystisch-religiöse Vorstellung einer Art yezidischen Gottesstaates. Dieser Begriff wurde in einigen *qawel* (Sprüche, Psalmen, heilige Hymnen der Yeziden) erwähnt, sein Ursprung liegt aber im Dunkeln.

mus. Das Hauptanliegen dieser Strömung, die in der europäischen Diaspora und besonders in der Republik Armenien ihre Anhänger hat, ist vor allem die politische und ideologische Trennung von der kurdischen Identität. Diese Haltung basiert auf der kollektiven Erinnerung an die Jahrhunderte andauernde Verfolgung durch islamisch-kurdische Stämme, die seit einigen Jahrzehnten durch yezidische Historiker aufgearbeitet wird.

Schabak

Auch die Schabaki¹⁷ waren in den vergangenen acht Jahren wiederholt das Ziel terroristischer Aktionen. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen fielen etwa 2000 Schabak den Anschlägen zum Opfer – eine hohe Zahl für eine Gemeinschaft, die lediglich 60000 Angehörige hat. Diese religiös-ethnische Gemeinschaft ist in einigen Dörfern in der nordirakischen Provinz Mossul beheimatet. Ihre Sprache gehört zur Gurani-Gruppe der nordwest-iranischen Sprachen. Die Ritusssprache der Schabak und einiger ihrer religiösen Schriften sind turkmenisch. Da aber einige Schabak-Untergruppen auch arabischsprachig sind, ist es schwierig, diese Gemeinschaft einer der größeren ethnischen Gruppen zuzuordnen.

Religiös stehen sie den kurdischen Gemeinschaften nahe, die als „extreme Schiiten“ betrachtet werden. Laut ihrer Vorstellung bildet Ali, der vierte Kalif und Schwiegersohn des Propheten Muhammed, mit Allah und Muhammed die Trinität, wobei Ali die Manifestation der Gottheit verkörpere.¹⁸ Wie auch bei den anderen kurdischen religiösen heterodoxen Gemeinschaften (Kakaya, Yarisan oder Ahl-e-Haq¹⁹) bilden die alten iranischen Religionen sowie der Islam einen Bestandteil der religiösen Vorstellung der Schabak-Gemeinschaft. Nach 2003 waren vor allem Dörfer der Schabak, die nicht unter dem Schutz der Kurden standen, das Ziel von Anschlägen.

¹⁷ Vgl. Matti Moosa, *Extremist Shiites. The Ghulat Sects*, Syracuse 1988, S. 1–10; Martin van Bruinessen, *The Shabak*, in: *Encyclopaedia of Islam*, Leiden 2002.

¹⁸ Vgl. Martin van Bruinessen, *The Shabak*, in: *Encyclopedia of Islam*, Leiden 2002.

¹⁹ Vgl. Matti Moosa, *Extremist Shiites. The Ghulat Sects*, Syracuse 1988, S. 168–254.

Im Jahr 2010 forderten die terroristischen Anschläge im Irak täglich etwa 50 Opfer, darunter eine steigende Anzahl von Angehörigen der nichtmuslimischen Gemeinschaften und der heterodoxen islamischen Gruppen.²⁰ Inzwischen haben seit 2003 Hunderttausende von Christen, Yeziden und andere Gruppen das Land verlassen. Sollte die Auswanderung anhalten, hätte Al Qaida ihr strategisches Ziel – die Vertreibung der nichtmuslimischen Gruppen aus der Region und die Zerstörung der ethnischen und religiösen Vielfalt im Vorderen Orient, die in der Vergangenheit immer wieder als Manifestation der Toleranz und Humanität galt – erreicht.

Im Irak bot der Regimewechsel von 2003 trotz vieler negativer Begleiterscheinungen eine Chance, die Grundlagen für die Vielfalt verfassungsrechtlich und in der Praxis zu verankern. Die Verfassung von 2005 ist trotz ihrer Mängel eine gute Basis für das Zusammenleben der Völker des Irak. Politisch stellen sich vor allem die Unstimmigkeiten mit Blick auf ein föderales System als größte Herausforderung heraus. Einige Stimmen unterstellen, dass der Föderalismus Konflikte schaffe, weil er auf ethnischen und konfessionellen Kriterien basiere. Daher ist auch fünf Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung die kurdische Region die einzige föderative Region geblieben.

Die gegenwärtigen Probleme und Konflikte, vor allem im Zusammenhang mit den Anschlägen auf nichtmuslimische Gemeinschaften können nicht allein durch Änderungen des gesetzlichen Rahmens gelöst werden. Das Problem liegt eher in der mangelnden Anwendung des Rechts und der Unfähigkeit der irakischen Sicherheitsorgane, geltende Gesetze durchzusetzen und der Bevölkerung den notwendigen Schutz zu gewähren.

²⁰ Vgl. Anthony Skinner, *US Withdrawal from Iraq: Leaving it all behind?*, in: *The Middle East*, (2010) 10, S. 11.

James Dingley

Kurdistan zwischen Autonomie und Selbstverantwortung

Die Autonome Region Kurdistan (*Heremê Kurdistanê*), die an den Iran, die Türkei und Syrien grenzt, ist die nördliche Provinz

James Dingley

Dr. rer. oec., geb. 1950; war bis März 2010 Professor für Politische Soziologie an der University of Kurdistan Hawler, Erbil/Irak, Gastforscher am Gibson Institute der Queen's University, Belfast/Nordirland, Vorsitzender des Francis Hutcheson Institute, Belfast/Nordirland. jc.dingley@gmail.com

und laut Verfassung ein integraler Bestandteil der Republik Irak. Das wird auch von der kurdischen Regionalverwaltung anerkannt. Die Invasion in den Irak im Jahr 2003 hat dies sogar noch bekräftigt, weil die USA und Großbritannien bei ihrem Einmarsch ausdrücklich

betonten, dass sie keine Absicht hegten, den Irak aufzuteilen und seine territoriale Unversehrtheit bewahren würden. Sie wiederholten diese Ansicht bei jeder sich bietenden offiziellen Gelegenheit.

Jedoch besteht oft ein Unterschied zwischen offiziellen verfassungsrechtlichen Gegebenheiten und den inoffiziellen ungeschriebenen Bestrebungen derer, die dieser Verfassung unterstehen. Die Zukunft könnte wohl komplizierter werden als es das offizielle Erscheinungsbild nahelegt, weil viele Kurden nach Unabhängigkeit streben. Darüber hinaus träumen auch einige davon, alle Kurden in einem Nationalstaat zu vereinen, was tief greifende Konsequenzen für den Iran, Syrien und die Türkei – Länder mit bedeutenden kurdischen Bevölkerungsgruppen – hätte. Durch derartige territoriale Veränderungen würde wiederum eine weitere Destabilisierung der ohnehin instabilen Region drohen.

Historischer Rückblick: Gründung des modernen Irak

Die Grenzziehungen im heutigen Nahen und Mittleren Osten sind neueren Datums und

gehen im Wesentlichen auf das Sykes-Picot-Abkommen aus dem Jahre 1916 zwischen Großbritannien und Frankreich zurück.¹ Das Abkommen zwischen dem britischen Diplomaten Mark Sykes und dem französischen Diplomaten François Georges-Picot regelte die Aufteilung der osmanischen Territorien nach dem Ersten Weltkrieg, weshalb es mehr die strategischen Interessen der beiden Siegermächte widerspiegelte als ethnische Interessen und aufkeimende nationalistische Gefühle der vor Ort lebenden Bevölkerungen.

Ein Paradebeispiel war die Gründung des modernen Irak auf der Basis der ehemaligen osmanischen Provinzen Bagdad, Mossul und Basra, die in die britische Interessensphäre fielen. Diese eher willkürliche Zusammenfassung von Provinzen, die von unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen bewohnt waren, und die daraus folgende soziokulturelle Heterogenität sollte sich als eine der wesentlichen Schwachstellen des modernen Irak herausstellen: Die an den Wasserstraßen im Süden lebenden Marsch-Araber (im Wesentlichen Beduinen) wurden mit Sunniten (der herrschenden Minderheit) und Schiiten (der Bevölkerungsmehrheit), welche auf der Hauptebene des heutigen Irak lebten, in einem Staat vereint. Darüber hinaus gab es eine große christliche Minderheit (Mitglieder von Ostkirchen wie Chaldäer, Syrisch-Orthodoxe oder Orthodoxe).

Wenige, wenn überhaupt eine dieser verschiedenen Gruppen, hatten ein Bewusstsein für eine gemeinsame nationale (im Sinne einer irakischen) Identität. Der ethnische Nationalismus, welchen die heutige Welt als selbstverständlich ansieht, war ein relativ neues Konzept, besonders für multiethnische Reiche, wie es das Osmanische Reich war. Dennoch wurden zu diesem Zeitpunkt der Nationalismus und die Idee des Nationalstaates in den Mittleren Osten eingeführt.

Nicht nur der Irak selbst war ein künstliches Gebilde. Auch die Teilung des von Kurden bewohnten Gebietes und die Integration der südlichen Kurden in den Irak muteten

Übersetzung aus dem Englischen von Kerstin Steimer, Bonn.

¹ Vgl. zur Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens Fred Halliday, *The Middle East in International Relations. Power, Politics and Ideology*, Cambridge 2005.

willkürlich an. Vor dem Fall des Osmanischen Reiches lebten die Kurden – zwar zu dem Zeitpunkt eine anerkannte ethnische Gruppe, aber auch nicht viel mehr – in einer Region, welche die heutige südöstliche Türkei (Anatolien), Nord-Ost-Syrien, den westlichen Iran und den heutigen Nordirak (historisch Südkurdistan genannt) umfasste. Die Kurden sind weder Araber noch ein Turkvolk. Ihre Sprache, die immer noch nicht vereinheitlicht ist (lokale Dialekte sind für Kurden aus unterschiedlichen Regionen oft nicht verständlich), ist indogermanisch, nicht arabisch, obwohl sie die arabische Schrift verwendet.

Die Kurden waren sich ihrer eigenen Identität zwar sehr wohl bewusst, hatten aber bis zur Gründung des modernen Irak kein umfassendes ethnisch definiertes Gemeinschaftsgefühl oder einen alle kurdischen Stämme übergreifenden Nationalstolz. Daher – oder aus welchen strategischen Gründen auch immer – wurden die südlichen Kurden in den modernen Irak integriert, statt einen eigenen Nationalstaat zu erhalten. Diese ethnische und religiöse Heterogenität des Landes trug wesentlich dazu bei, dass die Konstruktion des modernen Irak von Natur aus instabil war: Die Möglichkeiten zur Entwicklung einer „irakischen Identität“ und gemeinsamer „nationaler Interessen“ blieben beschränkt und verkomplizierten sich eher. Dies machten nicht zuletzt wiederholte kurdische Aufstände im Laufe der irakischen Geschichte deutlich.

Diese Instabilität lag gewiss im Interesse der Briten, die sich der strategischen Bedeutung des irakischen Öls und der Verhinderung einer starken vereinigten nationalen Front gegen ihre Interessen im Irak sehr bewusst waren. (Letzteres ging sogar so weit, dass sie die ölreiche südliche Provinz Kuwait ausgliederten und ein eigenes Land daraus bildeten.) Denn aus der Schwäche, die aus dem fehlenden Nationalbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl resultierte, entstand die Notwendigkeit einer starken Kolonialmacht (in diesem Falle Großbritannien), die immer wieder militärisch eingriff, um eine solche heterogene Gesellschaft ohne demokratische Tradition und ohne Sinn für gemeinsame Interessen unter Kontrolle zu halten. Als es keine Kolonialmacht mehr gab (formal war der Irak schon seit 1921 unabhängig), wurde ein starker Mann „benötigt“, welcher das Land „zusammenhielt“.

Diese Tradition erleichterte es Saddam Hussein im Jahr 1979 die Macht im Land zu übernehmen und mit seiner Baath-Partei ein Regime aufzubauen, das sich am sowjetischen System orientierte und mit einem staatlichen Überwachungssystem operierte, bei dem Folter eine routinemäßige Verhör- und Unterdrückungsmethode war. Mit anderen Worten: Es gab keinen natürlich gewachsenen inneren „Kitt“, welcher die Gesellschaft im nationalen Sinne zusammenhalten konnte. Deshalb musste dies von außen erzwungen werden (vor allem mit Angst und Gewalt). Während die meisten Irakerinnen und Iraker mit arabischer Abstammung im Staatsaufbau eine gewisse Gemeinsamkeit finden konnten (beispielsweise dadurch, dass Arabisch Amtssprache war, aber auch aufgrund des Bekenntnisses der Staatsführung zur arabischen Staatengemeinschaft in Form der Mitgliedschaft in der Arabischen Liga), waren Kurden weniger in der Lage, eine nationale Identifikation mit dem irakischen Staat zu entwickeln.

Die ethnische und religiöse Heterogenität innerhalb des Landes hatte auch Auswirkungen auf die außen- beziehungsweise regionalpolitischen Beziehungen der Zentralregierung, da diese durch die historischen und kulturellen Verbindungen der ethnischen und religiösen Gruppen zu den Nachbargesellschaften mitgeprägt wurden. Die Führung in Bagdad war aufgrund der Gefahr des Überschwappens auf die eigene Bevölkerung immer argwöhnisch im Hinblick auf die Ereignisse, die sich in den irakischen Nachbarländern abspielten. Ein klassisches Beispiel war die iranische Revolution im Jahr 1979, besonders, weil der Iran wie auch die Bevölkerungsmehrheit im Irak, die enge historische Bindungen zum Iran hat, schiitisch ist, während die irakische Baath-Partei und Saddam Hussein fast so säkular waren wie der gestürzte Schah des Iran. Dies spielte eine Rolle für grundlegende Entscheidungen der irakischen Politik, vor allem während des Iran-Irak-Krieges von 1980 bis 1988, zeigte aber auch Schwächen innerhalb der irakischen Gesellschaft auf: Viele schiitische Irakerinnen und Iraker waren in ihrer Unterstützung für den Krieg nicht gerade enthusiastisch.

Dies traf auch auf die Kurden zu, die sich mehrheitlich eher mit den iranischen Kurden als mit ihren irakischen Mitbürgern identi-

fizieren konnten. Die Baath-Partei und die irakischen Sicherheitskräfte gingen bei der Überwachung und Unterdrückung jeglicher Anzeichen für abtrünnige Meinungen unter ihrer kurdischen Bevölkerung besonders grausam vor (der berüchtigten Bombardierung mit Giftgas von Halabdscha am 16. und 17. März 1988, der bis zu 5000 Menschen zum Opfer fielen, wird in Kurdistan jährlich mit zwei Schweigeminuten gedacht). Im Gedächtnis der meisten Kurden sind die Erinnerungen daran, wie sie selbst, Freunde oder Familienmitglieder von Saddam Husseins Schlägertruppen gefoltert, zur Flucht ins Ausland oder zu einem Leben in Angst gezwungen wurden, fest verankert. Das führte naturgemäß nicht zu einem größeren Bekenntnis zum Irak, im Gegenteil förderte es den Wunsch nach Autonomie und Unabhängigkeit innerhalb der irakischen Kurden.

Der moderne kurdische Widerstand gegen die irakische Herrschaft reicht aber bereits bis in die 1920er Jahre zurück. Schon damals gab es Bemühungen um Abspaltung oder zumindest für die Durchsetzung von Reformen für mehr Autonomie, besonders im Hinblick auf den Status der kurdischen Sprache. Diese Bemühungen stießen anfänglich auf Widerstand der Zentralregierung, was die Kurden in ihrem Bestreben, ihre Unabhängigkeit zu erklären, bestärkte – mit der Folge eines irakischen Feldzugs in Kurdistan zur Bekämpfung der Aufständischen, an dem im Jahr 1963 rund 66 Prozent der irakischen Armee teilnahmen. Von da an bis zum endgültigen Zusammenbruch der Revolte im Jahr 1975 folgte ein Kreislauf von Kriegen und Kämpfen, Verhandlungen und Zugeständnissen und schließlich wieder Kriegen. Obwohl in der Folge Kurdistan ein hohes Maß an Autonomie gewährt wurde und die Sprache einen offiziellen Status erlangte, wurde kein dauerhaftes Abkommen erzielt.

Nach dem Golfkrieg von 1991 gab es einen weiteren Aufstand, der letztendlich Saddam Husseins Regime in Kurdistan beendete, als lokale kurdische Guerillakräfte (Peschmerga) die verhasste Baath-Partei besiegten. Die darauffolgende Einrichtung und Kontrolle einer Flugverbotszone für irakische Truppen auf Betreiben der Koalitionsstreitkräfte unter Führung der USA ermöglichte weitere Schritte zum Aufbau von Verwaltungsstrukturen unabhängig von der Zentralregierung.

Infolgedessen wurde die Kurdenregion zwar tatsächlich autonom, jedoch folgte ein erbarungsloser Bürgerkrieg zwischen den wichtigsten politischen Gruppierungen: der Demokratischen Partei Kurdistans (*Kurdistan Democratic Party*, KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Die Parteien werden von den beiden einflussreichsten Familien angeführt: die KDP im Westen durch die Barzanis und die PUK im Osten durch die Talabanis. Die Spaltung dauert bis heute an, was aber wenig mit Ideologie zu tun hat, sondern mehr mit feudalen Stammesbindungen, Schwarzhandel und Korruption. Beide Parteien teilen sich derzeit die Macht in der Autonomen Region Kurdistan in einer Koalitionsregierung.

Verfassungsmäßige und politische Position

Derzeit konzentriert sich die kurdische Regionalverwaltung vornehmlich auf ihre eigenen, regionalen Angelegenheiten. Fragen, welche den Rest des Irak betreffen, gelangen kaum auf die Agenda der Regionalverwaltung in Erbil. Eine Ausnahme ist die Frage nach der Verteilung der irakischen Öleinnahmen. Erbils Anteile machen zurzeit 17 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Das sind Einnahmen, mit denen die Regionalverwaltung eine Masse an subventionierten Jobs bereitstellt – böse Zungen behaupten, um damit die politische Ruhe sicherzustellen. De facto fungiert die kurdische Regionalverwaltung wie ein unabhängiger Staat in allen internen Belangen, wenn auch nach außen ein gewisser Schein gewahrt wird.

Sicherheit: Sicherheitspolitisch gibt es laut Verfassung zwar nur eine irakische Armee. Aber diese verfügt seit der Niederlage von Saddam Husseins Truppen im Jahr 1992 über keinerlei Präsenz in Kurdistan. Alle Sicherheitsaufgaben werden von den Peschmerga wahrgenommen, die in der Region als Armee, Polizei und lokale Miliz fungieren. Die Peschmerga stammen von Widerstandskämpfern ab, die früher als Guerilla oder sogar Terroristen bezeichnet wurden, und noch lange vor dem Ersten Golfkrieg in den Bergen des Nordirak einen langen Feldzug gegen Truppen der Zentralregierung führten. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Peschmerga de facto eine Armee bilden. Sie sind nur der

kurdischen Regionalverwaltung und/oder den Barzani- und Talabani-Familien gegenüber verantwortlich. Jedoch wurden Bemühungen, eine offizielle Akademie für die Ausbildung von Polizei und Militär einzurichten, aufgeschoben, weil dies dem irakischen Staat vorbehalten wäre und keiner der politischen Entscheidungsträger in Erbil sich den damit verbundenen verfassungsrechtlichen Problemen stellen möchte.

Sprache: In den Schulen hat die kurdische Regionalverwaltung kürzlich die Lehrpläne überarbeitet, so dass nur noch Kurdisch die Unterrichtssprache ist. Arabisch und Englisch werden als Fremdsprachen gelehrt, auch wenn Arabisch die Amtssprache des Irak ist. Wahrscheinlich gibt nichts einen deutlicheren Hinweis auf die langfristigen Absichten als die Tatsache, dass Kinder nicht in der offiziellen Landessprache unterrichtet werden.

Auswärtige Beziehungen: Ein anderer Bereich von verfassungsrechtlicher Relevanz sind die auswärtigen Beziehungen. Die kurdische Regionalverwaltung bemüht sich mit Nachdruck um gute Beziehungen mit anderen Ländern in der Region, allen voran mit der Türkei und Syrien. Sie ist vom Gesetz her zwar nicht dazu berechtigt, mit diesen Ländern Abkommen zu schließen oder in offizielle Verhandlungen zu treten, aber sie tut dies auf einer nichtstaatlichen Basis, das heißt, sie versucht, ihre Rolle als Teil des Irak und Bewahrerin des Status quo zu betonen. Beim Auftritt als nichtstaatlicher Akteur geht es der kurdischen Regionalverwaltung in erster Linie darum, den Nachbarstaaten zu versichern, dass sie nicht den Wunsch hege, deren kurdische Bevölkerungen gegen die dortigen Regierungen aufzuwiegen. Beim Aufbau von guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten geht es Kurdistan auch darum, sich alternative Zugänge zum Meer sowie Transport- und Kommunikationswege, die unabhängig vom Rest des Irak sind, zu schaffen.

Umstrittene Gebiete

Es bestehen jedoch größere Gebietskonflikte zwischen der Regionalverwaltung und der Zentralregierung, bei denen es um die territoriale Zugehörigkeit der Provinzen Kirkuk

und Mossul geht. Sowohl Araber als auch Kurden behaupten, die rechtmäßigen Einwohner zu sein und beanspruchen diese Gebiete jeweils für Kurdistan beziehungsweise den Irak. Der Streit geht auf Bevölkerungsverschiebungen im Laufe des 20. Jahrhunderts, Manipulationen und ethnische Säuberungen zurück.

Der Konflikt um die ethnische Identität und Zugehörigkeit der Provinzen spitzte sich mit der Entdeckung weiterer Ölquellen in der Region um Kirkuk zu, weshalb die Kontrolle über sie besonders lukrativ erscheint. Darüber hinaus ist nach wie vor die Frage ungeklärt, was die *lingua franca* beziehungsweise die offizielle Amts- und Arbeitssprache in diesen Provinzen sein sollte: Kurdisch oder Arabisch? Diese Frage wirkt sich zwangsläufig auch auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Verteilung der Arbeitsplätze aus. Denn nur diejenigen, welche die Sprache des Siegers (mit anderen Worten: der Herrschenden) sprechen, werden in der Lage sein, auch Jobs zu bekommen.

Wenn es keine latente Bedrohung für die verfassungsmäßige Position Kurdistan gäbe, wäre die Frage nach der Zugehörigkeit dieser Provinzen von geringerer Bedeutung. Aber ein potenziell unabhängiges Kurdistan, das auch die wichtigsten Ölreserven kontrolliert, würde alle politischen Kalkulationen in Bagdad verändern. Vor diesem Hintergrund verzögert sich auch die neue Volkszählung im Irak, da Unsicherheit darüber herrscht, wie die ethnische Zusammensetzung der Gebiete aussehen könnte und vor allem welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären.

Auch auf die gesamtirakische Politik üben die Kurden einen beachtlichen Einfluss aus. Da sie Abgeordnete in das irakische Parlament wählen, verfügen sie über einen Stimmenblock, der dazu in der Lage ist, die Bildung einer neuen Regierung zu beeinflussen. Auch vor diesem Hintergrund sind Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden oder die von ihnen ausgehende potenzielle Bedrohung für die territoriale Einheit des Irak nicht zu ignorieren. Derzeit orientieren sich die Kurden in den Fragen an der irakischen Verfassung, in denen sie ihren Interessen entspricht. Die kurdische Regionalverwaltung erlaubt allerdings keine irakische Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Demzufolge be-

steht aktuell eine Situation verfassungsmäßiger Zweideutigkeit, die zum Vorteil Kurdistans arbeitet.

Wirtschaftliche und soziale Lage

Wirtschaftlich profitiert die kurdische Regionalverwaltung stark davon, ein Teil des Irak zu sein, weil sie 17 Prozent aller Öleinnahmen des Irak erhält. (Die Öleinnahmen wiederum machen 94 Prozent der gesamten irakischen Wirtschaft aus.) Dies ermöglicht ihr, zu funktionieren und eine Masse an subventionierten Arbeitsplätzen bereitzustellen. Es ermöglicht ihr auch die Durchführung zahlreicher Infrastrukturprojekte wie Straßenbau, Stadtentwicklung und Instandhaltung. Da sich im restlichen Irak die Ölproduktion ihrem Höchststand nähert, schauen die Iraker vermehrt auch auf die neuen, in Kurdistan entdeckten Quellen, was die kurdische Regionalverwaltung dazu veranlasst, das Abkommen zu den Öleinnahmen neu verhandeln zu wollen, mit unvermeidlichen politischen Auswirkungen.

Während der Irak insgesamt gesehen immer noch ein Nachkriegstrümmerfeld ist, findet in Kurdistan ein relativer Boom statt, zum Teil durch die Aussicht auf die Erschließung größerer neuer Ölfelder, was westliche Investitionen und Ölsucher anlockt, obwohl die wichtigsten Ölfirmen sich gerade wegen der unklaren verfassungsmäßigen Beziehungen noch fernhalten. Kurdistan ist auch politisch relativ stabil mit einer nahezu einstimmigen Ablehnung des islamischen Extremismus, einer westlichen Orientierung und einer relativ homogenen ethnisch-religiösen Bevölkerungsstruktur. Eine solche Stabilität zieht von selbst Investitionen an. Hinzu kommt ein Zustrom von Kurden aus der Diaspora, die nicht nur mit westlichen Kenntnissen, sondern oft auch mit Kapital und Ideen für Investitionen zurückkehren. Daher boomt die Wirtschaft, und eine wachsende wohlhabende Mittelschicht ist im Entstehen – in deutlichem Gegensatz zum Rest des Irak.

Jedoch hängt noch vieles von einer aufkeimenden Staatsbürokratie ab, die durch die Öleinnahmen aufrechterhalten wird. Und die aus der Diaspora mitgebrachten Kenntnisse stammen häufig aus beruflichen Berei-

chen wie Zahnheilkunde oder Medizin und haben nicht direkt etwas mit wirtschaftlicher Entwicklung zu tun. Die meisten Studierenden suchen nach ihrem Abschluss eine Anstellung in staatlichen Einrichtungen, statt selbst unternehmerisch oder im Privatsektor tätig zu werden. Die vorherrschende Einstellung ist, entweder einen sicheren Job im öffentlichen Dienst zu haben oder als kleinstädtische Händler zu arbeiten. Es haben sich zwar einige kleine lokale Unternehmen gegründet, aber üblicherweise fehlen ihnen das betriebswirtschaftliche und administrative Verständnis und die Kenntnisse, um ihr Geschäft erfolgreich zu führen. Firmeninhaber und -gründer sind oft zu zögerlich, um loszulassen und versuchen, alles bis ins kleinste Detail selbst zu managen und verhindern somit internes Wachstum und Entwicklung.

Korruption

Die meisten Aktivitäten sind in hohem Maße personalisiert, was wahrscheinlich mit der Dominanz des „Wasta“ in der kurdischen beziehungsweise der irakischen Gesellschaft und im Mittleren Osten allgemein zusammenhängt. „Wasta“ ist die Idee eines Netzwerks aus persönlichen Beziehungen, Bindungen und Verpflichtungen, das alle sozioökonomischen Aktivitäten beherrscht und das Gegenteil der westlichen Ideen der gesetzlich-rationalen Beziehungen auf der Basis technischer Effizienz darstellt. Daher sind die formellen, gesetzlichen Beziehungen unerheblich für die persönlichen Geschäfte; Rückzahlungen, Gefälligkeiten und Bestechungen sind es, die das System tatsächlich in Gang halten. Mit anderen Worten: Korruption gilt als institutionalisierte Lebensart, die zweifellos wirtschaftliche Entwicklung verhindert.

Korruption ist weit verbreitet und stellt wahrscheinlich einen großen Teil der Wirtschaft dar, wird aber auf fatale Weise als normal akzeptiert. Der plötzliche Aufstieg prominenter Politiker zu großem Wohlstand wird von den meisten Kurden wahrgenommen und auch die politische Aufteilung zwischen der PUK und der KDP ist wenig mehr als eine Aufteilung der Erlöse aus Korruption. Gerüchten nach wurden mehrere Investoren von außerhalb durch ein unverschämtes Maß an Korruption abgeschreckt, wie zum

Beispiel hohe Landegebühren für Fluggesellschaften, die in private Taschen flossen.^F

Eine weitere Folge der Korruption ist die schlechte Qualität vieler Gebäude und die halbfertigen Leerstände, was auch mit einem Mangel an grundlegenden Geschäftskennnissen wie Planung und Vorausberechnung zusammenhängt. Zwischen dem, der den Bauauftrag erhält und dem, der die Arbeit tatsächlich ausführt, liegen oft mehrere Schichten „Wasta“, wobei die Hälfte des Budgets aufgebraucht ist, bevor die Arbeit überhaupt begonnen hat. Daher lassen billige Materialien, Arbeit von schlechter Qualität und ein vor der Fertigstellung erschöpftes Budget für von vornherein schlecht geplante Projekte kurdische Städte voll verlassener, halbfertiger Gebäude zurück.

Potenzial der ländlichen Wirtschaft

Die Wirtschaft Kurdistans operiert in verstärktem Maße losgelöst vom Rest des Irak, auch wenn sie sich noch immer von dem in der Vergangenheit durch die Zentralregierung betriebenen Raubbau erholen muss. Kurdistan war einst die „Kornkammer“ des Mittleren Ostens, es hat fruchtbare Ebenen auf einer weiten, wasserreichen Hochebene, und die Landwirtschaft war eine Hauptstütze der traditionellen Wirtschaft.

Dies ist nicht mehr der Fall. Saddams Husseins Feldzüge zur Niederschlagung der kurdischen Aufstände verursachten in großem Umfang eine Entvölkerung ländlicher Gebiete. Die Leute waren gezwungen, in die Städte zu ziehen, wo man ihnen unter anderem Brennstoffe zum Heizen vorenthielt. Sie verließen nicht nur die Landwirtschaft, sondern holzten auch die Bäume und Wälder in ländlichen Gebieten ab, die sie zum Heizen verwendeten. Eine einst florierende ländliche Wirtschaft wurde so zerstört. Noch heute zögern die meisten Leute, die das Land unter Saddam Hussein verlassen mussten, zurückzukehren, obwohl dies ein Bereich ist, der viel Entwicklungspotenzial bietet. Außerdem würden Investitionen in den Aufbau der landwirtschaftlichen Strukturen der kur-

^F Vgl. zur Problematik der Korruption in Kurdistan Kate Clark, Corruption in Iraqi Kurdistan, BBC online vom 10.1.2008: http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/crossing_continents/7178820.stm (24.1.2011).

dischen Regionalverwaltung die Möglichkeit eröffnen, ihre Abhängigkeit vom Öl zu verringern.

Ähnlich kann man mit Blick auf die Wasserkraft argumentieren: In Kurdistans gebirgigem Norden gibt es eine Reihe von schnell fließenden Flüssen, die als Energiequelle sowohl für Kurdistan als auch für seine Nachbarn angezapft werden könnten, die aber nicht genutzt werden. Darüber hinaus bieten diese Gebirge einige großartige Landschaften und Möglichkeiten für den Tourismus, besonders, wenn man ihr historisches Erbe als Geburtsstätte der modernen Zivilisation und später des Christentums bedenkt.

Dass die Entwicklungsmöglichkeiten bislang nur unzureichend ausgeschöpft wurden, ist teilweise auf einen Mangel an Kenntnissen, Wissen, Erfahrungen und Bewusstsein zurückzuführen. Aber es ist auch das Produkt einer Kultur, die persönliche Abhängigkeit und Loyalitäten betont, was durch subventionierte Jobs in den Städten verstärkt wird.

Unabhängigkeit?

Der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit ist unter den Rückkehrern wie auch der jungen städtischen Mittelschicht besonders stark. Anders verhält es sich im Hinblick auf die Arbeiterklasse und die Landbevölkerung mit ihrer oft recht zynischen Haltung gegenüber dem Karrieredenken und der Korruption, die mit der „modernen Politik“ und dem „Nationalismus“ verbunden werden. Mittlerweile sind die älteren und erfahreneren Köpfe bezüglich der nationalistischen Ideen der Unabhängigkeit auch vorsichtig geworden. Sie sehen die Fallstricke und erinnern sich an die Gewalt und Instabilität, die nationalistische Ideen in der Vergangenheit hervorgerufen haben.

Darüber hinaus wäre der Nutzen der Unabhängigkeit notwendigerweise nicht überall groß, außer für einige Auserwählte. Ein stabiler, demokratischer, sich entwickelnder Irak könnte unter Umständen ein besserer Ort zum Leben sein als ein isoliertes, von misstrauischen Nachbarn umschlossenes Kurdistan.

Lamis Andoni

Hat die arabische Welt den Irak vergessen?

Essay

Unübersichtliche Lage

Viel wurde schon über das Nachlassen der panarabischen Solidarität mit dem Irak gesagt. Einige Iraker haben das Gefühl, dass

Lamis Andoni

Freie Journalistin, arbeitet unter anderem für „Middle East International“, „Le Monde Diplomatique“, „Jordan Times“, „Al-Ahram“, „Al-Hayat“. Sie war Dozentin für Journalismus an der University of California, Berkeley/USA und politische Analystin bei „Al Jazeera“. lamisandoni@yahoo.com

„nichts, was wir tun, das Interesse der arabischen Öffentlichkeit zu wecken scheint und wir uns weit von der arabischen Welt entfernt fühlen“. Der Fall Bagdads an die von den USA angeführten internationalen Truppen im Jahr 2003 schockierte die kollektive Seele der

Araber auf eine Art und Weise, die mit dem Verlust Palästinas (*Al Nakba*) nach dem Entstehen des Staates Israel im Jahr 1948 verglichen wurde. Bagdad galt als die Hauptstadt der islamischen Renaissance und als Symbol für den arabischen Stolz. Sein Verlust beschwor historische Bilder der Plünderung der Stadt durch die Mongolen im Jahr 1258 und des darauffolgenden Endes der islamischen Blütezeit unter der Abbasiden-Dynastie herauf. Es herrschte das Gefühl vor, dass die Besetzung des Landes durch westliche Mächte die arabische Welt geschwächt habe.

Doch acht Jahre danach zeigen sich die arabischen Öffentlichkeiten eher desinteressiert. Die andauernde Gewalt und die politische Zersplitterung des Landes scheinen vergessen zu sein. So führten beispielsweise die Bombenangriffe und der Tod irakischer Zivilisten, auch durch US-Truppen, zwischen 2003 und 2008 weder zu einer ernsthaften Verurteilung des Vorgehens der Amerikaner durch arabische Regierungen noch zu

Massenprotesten in den Straßen arabischer Hauptstädte. Es war und bleibt ein völlig anderes Bild als jenes, das die arabische Welt während der Bombardierungen des Irak in den Jahren 1991 und 2003 erfasste. Damals kam es zu Massendemonstrationen für die Solidarität mit dem Land und gegen die von den USA geführte Militärintervention. Wie lässt sich das heutige Desinteresse der arabischen Öffentlichkeiten gegenüber der Misere des Irak erklären?

Viele Faktoren könnten die scheinbare Apathie der Araber gegenüber dem Irak erklären. Zu der Demoralisierung durch die Tatsache, dass ein Mitglied der Arabischen Liga sowohl durch ausländische Besetzung als auch durch sozialen Unfrieden im Innern zerstört wurde, kam hinzu, dass die Situation im Irak durch Entwicklungen, die der Besetzung des Landes folgten, noch unübersichtlicher wurde.

Zunächst einmal schienen die aufeinanderfolgenden Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, welche die Anwesenheit ausländischer Truppen bewilligten, die andauernde Besetzung des Irak zu legitimieren. Im Jahr 2005 verzichtete „Al Jazeera“ – einer der populärsten und kritischsten arabischen Nachrichtenkanäle – beispielsweise auf den Begriff „Besetzung“ in seiner Berichterstattung über die Anwesenheit westlicher Truppen im Irak – in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 1483 aus dem Jahr 2003, welche die USA und Großbritannien als Besatzungsmächte (*Authority*) im Irak anerkannte.¹ Der Verzicht auf das Wort „Besetzung“ konnte die Wirkung der aufgeheizten Situation im Irak auf die Gefühle und Reaktionen des arabischen Publikums lediglich mindern. Größere Auswirkungen hatten dagegen die regelmäßigen Einschränkungen des Sendebetriebs durch das irakische Informationsministerium für „Al Jazeera“, aber auch andere unabhängige Medien wie „Al Arabija“, wodurch das Land seiner wichtigs-

Übersetzung aus dem Englischen von Kerstin Steimer, Bonn.

¹ Vgl. Text der UN-Resolution vom 25.5.2003, online: www.un.org/News/Press/docs/2003/sc7765.doc.htm (2.2.2011).

ten Verbindungen mit dem Rest der arabischen Welt beraubt wurde.

Die Zusammenarbeit zwischen vielen Exilirakern und eines Großteils der irakischen Parteien mit den ausländischen Truppen während oder auch nach der Invasion trug zu der Verwirrung bei, die sich in der arabischen Opposition gegen die Besatzung breit machte. Die Wahrnehmung, dass eine erhebliche Anzahl Iraker, wenn auch unter Druck, den Bedingungen der Besatzung zustimmte, vertiefte sich nach den Parlaments- und Kommunalwahlen in den Jahren 2005 und 2009. Kurzum: Viele Araber fragten sich, gegen was genau sie protestieren könnten, wenn die Iraker selbst dazu bereit waren, sich auf ein politisches System unter ausländischer Kontrolle einzulassen.

Panarabismus ade?

Selbst auf seinem Höhepunkt gelang es dem irakischen Widerstand nicht, die arabische Aufmerksamkeit so zu gewinnen wie beispielsweise der Widerstand der Palästinenser Jahrzehnte vorher – eine Entwicklung, die breitere Tendenzen im Hinblick auf den Panarabismus und die innerarabische Solidarität widerspiegelt.

In den 1950er Jahren beobachtete man das Entstehen eines panarabischen Nationalismus, der die Solidarität mit den Palästinensern förderte. Und auch wenn die arabischen Nationalisten letztendlich scheiterten – der Höhepunkt war die Niederlage im Sechstagekrieg 1967 –, fand der Widerstand der Palästinenser dennoch seinen natürlichen politischen Platz in einer revolutionären Atmosphäre, die von Panarabismus und Antikolonialismus durchzogen war.

Im Gegensatz dazu entstand der irakische Widerstand in einer Ära totaler amerikanischer Hegemonie im Nahen Osten, in der die meisten arabischen Staaten entweder von den USA unterstützt wurden oder versuchten, sich ihnen anzupassen, um sich nicht ihren Zorn zuzuziehen. Aber während der Fall Palästina sich seinen festen Platz in der „arabischen Seele“ gesichert hatte, war die Reaktion arabischer Regierungen auf die Invasion in den Irak nur eine weitere Demonstration der Ohnmacht, welche die Region seit Jahrzehnten kennzeichnet.

Diskreditierung durch Al Qaida

Gleichwohl sah man in der arabischen Welt nicht viele organisierte Kundgebungen zur Unterstützung des irakischen Widerstandes verglichen mit den Bekundungen öffentlicher Unterstützung für die Palästinenserbewegungen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Widerstandsbewegungen Palästinas und dem irakischen Widerstand ist die Rolle Al Qaidas im Irak, die externe Beobachter verwirrt und der Außenwirkung des irakischen Kampfes massiv geschadet hat. Durch die US-Invasion erhielt Al Qaida einen neuen Mobilisierungsschub für Kämpfer im Irak und in anderen arabischen Ländern. Ihre Rolle wurde sichtbar, als das Terrornetzwerk anfangs die Verantwortung für Angriffe auf amerikanische Soldaten zu übernehmen. Etwa zur selben Zeit entstanden auch irakisch-nationalistische und islamische Widerstandsgruppen im Land.

Zu Beginn versuchten irakische Gruppen, besonders die mit religiösem Hintergrund, nicht, sich dem Terrornetzwerk entgegenzustellen. Tatsächlich kam es zu Abstimmungen mit Al Qaida. Ein irakischer Anführer, der den „Revolutionsbrigaden von 1920“ (eine der bewaffneten Gruppen) nahe stand, sagte der Autorin, dass sie ursprünglich nicht bereit waren, „auf Konfrontationskurs zu einer Gruppe zu gehen, die Angriffe auf die ausländischen Truppen verübte, auch wenn wir mit ihr nicht einverstanden waren“.

Doch die Tatsache, dass die Angriffe im Irak sowohl auf irakische Zivilisten als auch auf ausländische Truppen zielten, diskreditierte im Ergebnis alle Widerstandsgruppen – wenn man sich nicht näher mit dem Irak beschäftigte, war es schwierig, zwischen Al Qaida und den irakischen Widerstandsgruppen zu unterscheiden. Erst gegen Mitte 2007 traten die Differenzen in den Strategien Al Qaidas und der anderen Widerstandsgruppen offen zutage, als erstere versuchte, die vollständige Kontrolle über die Widerstandsgruppen zu erlangen. Die Meinungsverschiedenheiten schlugen in Gewalt um, als Al Qaida-Mitglieder damit begannen, auch Anhänger der „Islamischen Armee“ und der „Revolutionsbrigaden von 1920“ zu töten, nachdem diese die Hegemonie des Terrornetzwerks über den Widerstand abgelehnt hatten. Es wurde für Außenstehende zunehmend schwieriger, die

Dynamiken im Land zu verstehen, was auch das Entstehen einer einheitlichen irakischen Front, mit der die arabische Welt sich hätte identifizieren können, verhinderte.

Zweifelsohne hat das Scheitern des irakischen Widerstands beim Schaffen einer einheitlichen politischen Führung seine Wirkung im Irak und darüber hinaus geschwächt, während ihm durch das Fehlen eines politischen Programms auch keine Botschaft zur Mobilisierung der arabischen Massen zur Verfügung stand. Letztendlich war es aber die Tatsache, dass der Irak in eine Spirale ethnisch-konfessioneller Gewalt, insbesondere zwischen Schiiten und Sunniten geriet – und dies sogar auf dem Höhepunkt seines Widerstands gegen die ausländischen Truppen –, welche die Kluft zwischen dem Land und der arabischen Welt noch vergrößerte.

Rolle der Konfessionen

Direkt von Anbeginn an stellten sich die USA als Beschützer der Schiiten gegen die Sunniten dar, während zur selben Zeit auch der benachbarte Iran konfessionell orientierte schiitische Parteien unterstützte, die mit den amerikanischen Invasoren im Irak kollaborierten. Die neue Situation entzweite die Iraker in nie da gewesener Weise entlang der Konfessionsgrenzen. Deshalb war es nicht überraschend, dass der Widerstand gegen die ausländischen Streitkräfte zwar nicht ausschließlich, aber hauptsächlich von sunnitischen Gruppen ausging. Die zunehmende konfessionelle Polarisierung innerhalb der Gesellschaft wurde auch von Al Qaida instrumentalisiert, die eine dezidiert sunnitische Botschaft vertrat, welche sich auch gegen die irakischen Schiiten richtete. Konfessionell begründete Gewalt erhielt Auftrieb. Auf politischer Ebene förderte die konfessionelle Fragmentierung die Bildung von Regierungen, die auf sektiererischen Ideen basierten.

Die Dominanz der vom Iran unterstützten schiitischen Parteien in Bagdad rief Befürchtungen in den überwiegend sunnitischen arabischen Regierungen und Bevölkerungen hervor. Denn während die schiitische Hisbollah im Libanon wegen ihres Widerstands gegen Israel weithin geachtet wird, werden die schiitischen Parteien im Irak als „Kolla-

borateure“ mit den amerikanischen Invasoren und darüber hinaus auch als verlängerter Arm des Iran angesehen. Arabische Regierungen wiederum betrachteten die Programme der vom Iran unterstützten schiitischen Parteien im Irak mit Misstrauen.

Viele Analysten sind der Überzeugung, dass der Argwohn der Araber daher rührt, dass der Iran versuche, „den Irak von der arabischen Welt abzusondern und seiner arabischen Identität zu berauben“. Während von Teilen der arabischen Öffentlichkeiten der Iran als willkommene regionale Gegenmacht zu Israel gesehen wird, führt seine Rolle im Irak zu Bedenken vor einer persischen Hegemonie in der Region. Besonders prowestliche Regierungen befürchten, dass er den Irak als Brücke benutzen könnte, um seinen Einfluss Richtung Levante auszudehnen und damit die Stabilität in der Region zu untergraben. Daher haben benachbarte arabische Regierungen hauptsächlich sunnitische Parteien und Koalitionen im Irak unterstützt, um dem iranischen Einfluss entgegenzutreten. Dies sei ein wesentlicher Faktor in den anfänglich kühlen Beziehungen zwischen arabischen und den aufeinanderfolgenden irakischen Regierungen gewesen.

Dieses auf ihre Weise sektiererische Vorgehen der arabischen Regierungen wurde von den irakischen Politikern kritisiert: Die schiitischen Parteien (wie auch einige sunnitische Politiker) warfen den arabischen Ländern vor, den Zustrom von Al Qaida-Kämpfern in den Irak unterstützt oder zumindest wissentlich ignoriert zu haben. Statt sie politisch zu unterstützen, hätten die arabischen Länder den Irak als „Spielwiese für ihre Rivalität mit dem Iran“ angesehen.

Die arabische Welt und die Parlamentswahlen von 2010

Der einzige ernsthafte politische Versuch der arabischen Regierungen, den sektiererischen Parteien in Bagdad entgegenzutreten, zeigte sich, als sie bei den Parlamentswahlen im März 2010 die „Irakische Allianz“ (*Iraqiya*) unterstützten, die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Iyad Allawi angeführt wurde. Allawi, ein schiitischer, aber säkularer irakischer Politiker, war für viele Iraker trotz seiner Nähe zu den Amerikanern ein guter Kan-

didat für das Amt des Ministerpräsidenten. So wurde schließlich der Wahlsieg der Irakischen Allianz von ihren Unterstützern, Sunniten und besonders säkularen Irakern, als eine Niederlage des konfessionellen „sektierischen Projekts im Irak“ angesehen.

Trotz des minimalen Vorsprungs der Allianz Alawis (seine Liste errang 91 Sitze von insgesamt 325, während Nuri al Malikis Rechtsstaatskoalition 89 Sitze erhielt) und nach monatelangen mühsamen Koalitionsverhandlungen mussten alle arabischen Länder und Allawi akzeptieren, dass der schiitische Ministerpräsident Nuri al Maliki – ihm wird vorgeworfen, ethnische Gegensätze geschürt zu haben – im Amt bleiben würde. Zwar schrieb der Koalitionsvertrag fest, dass einige Schlüsselposten an Mitglieder der Irakischen Allianz vergeben wurden. Dennoch gehen Beobachter davon aus, dass sich der iranische Einfluss im Irak auch unter der neuen Koalitionsregierung Malikis verfestigen wird und – was noch schwerer wiegt – die Errichtung eines Systems der Machtteilung nach Konfessionen im Irak unumkehrbar sein könnte.

Das gegenwärtige politische System führt immer noch zu Befürchtungen, dass es nur ein Vorspiel zur Aufteilung des Irak entlang konfessioneller und ethnischer Linien ist, vor allem, da die Kurden im Norden bereits Autonomie genießen. Viele Araber sind überzeugt, dass der Vorschlag für ein loses föderales System im Irak, den der damalige Senator und heutige US-Vizepräsident Joseph Biden im September 2007 in Form einer nicht bindenden Resolution des US-Senats vorlegte, immer noch den Entwurf und die Zukunft für das Land darstellt. Schließlich war die Aufteilung des Irak eine der Hauptsorgen innerhalb der arabischen Welt, weil dies eine Auslöschung der arabischen Identität des Landes bedeuten würde.

Dilemma: Einbindung versus Isolation

Allerdings haben auch arabische Regierungen nicht viel getan (oder sich in der Lage gesehen, etwas zu tun?), um einer möglichen Aufspaltung des Irak Einhalt zu gebieten. Sogar unter Intellektuellen hat sich kein klares Bild davon entwickelt, wie man am besten mit dem Irak umgeht, um sicher-

zustellen, dass er ein Teil der arabischen Welt bleibt. Im Gegenteil: Es gab – und dies ist in vielen Kreisen immer noch der Fall – eher eine Abneigung gegen die Pflege enger Beziehungen zu den irakischen Regierungen aus Sorge, dadurch die politischen Verhältnisse, insbesondere den amerikanischen und iranischen Einfluss in Bagdad zu legitimieren.

Heute dagegen wiegen die Beziehungen zwischen arabischen Regierungen und der irakischen Regierung schwerer als diese Sorge. Es gibt sogar Stimmen, die der Auffassung sind, dass das Ignorieren, um nicht zu sagen die Isolation des Irak seine Loslösung von der arabischen Welt und sogar seine Aufspaltung entlang ethnisch-konfessioneller Grenzen beschleunige. Dennoch gibt es keine Strategie – weder bei arabischen Oppositionsparteien noch bei Regierungen –, die das Dilemma lösen könnte, in dem sich viele sehen: Einerseits wird eine zu enge Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung abgelehnt mit der Begründung, dass man sich nicht an der Legitimierung des Status quo (das heißt der Konfessionalisierung und Fragmentierung der Gesellschaft und Politik des Landes) beteiligen möchte. Andererseits setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass eine Isolation des Landes zum Verlust der emotionalen Verbindungen wie auch der Kommunikations- und Kooperationsforen führt.

Die Zukunft

Es wird erwartet, dass das für dieses Jahr geplante Gipfeltreffen der Arabischen Liga im Irak stattfindet oder, falls die Sicherheitsbedingungen eine Veranstaltung im eigenen Land unmöglich machen sollten, es zumindest seitens der irakischen Regierung geleitet wird. Aufgrund der Vorbereitungen zum Gipfeltreffen wird der Irak dieses Jahr eine wichtige koordinierende Rolle zwischen den Mitgliedstaaten übernehmen. Die Frage, wie er diese Rolle wird ausfüllen können, wird auch Aufschluss über seine Position in der arabischen Welt geben.

Loay Mudhoon

Wandel der regionalen Ordnung und Aufstieg neuer Mächte in der Golfregion

Die Veröffentlichung von US-Geheimdokumenten über den Irak-Krieg im Jahr 2003 durch die auf Enthüllungen spezialisierte Internetplattform

Loay Mudhoon

M. A., geb. 1972; Politik- und Islamwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Köln, Redakteur bei der „Deutschen Welle“ und Redaktionsleiter von „Qantara.de“.
loay.mudhoon@dw-world.de
www.qantara.de

„Wikileaks“ hat die völkerrechtswidrige Militärintervention wieder schlagartig ins öffentliche Bewusstsein in Deutschland wie auch weltweit gerufen. Zuvor war es politisch und medial relativ ruhig geworden

um den „Dritten Golfkrieg“ und die blutigen Ereignisse im Zweistromland nach dem gewaltsamen Sturz des Regimes von Saddam Hussein. Dies ist insofern verwunderlich, als dieser von den USA angeführte Krieg die Weltöffentlichkeit, insbesondere die öffentlichen Meinungen in Europa und in fast allen islamischen Ländern, stärker polarisiert hat als jeder andere internationale Konflikt seit dem Vietnam-Krieg. Außerdem stürzte die Kontroverse über die Legitimität und Legalität des Irak-Kriegs im Frühjahr 2003 die transatlantischen Beziehungen in eine tiefe Krise, von der sie sich bis heute zu erholen versuchen.

Die von „Wikileaks“ veröffentlichten Depeschen zwischen US-Botschaften und dem Außenministerium in Washington legen auch offen, wie sich aus der Warte der USA die Machtverhältnisse im Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg 2003 veränderten. Sie zeichnen ein Bild, „nach dem die arabischen Herrscher nichts mehr fürchten als Teherans regional und international umstrittenes Atomprogramm – und zumindest manche von ihnen ein militärisches Vorgehen befürworten“.¹ Denn die nuklearen Fortschritte Irans sind für die Sicherheit der überwiegend sunnitischen arabischen Länder umso

bedrohlicher, als es den Irak als Pufferstaat und als regionales Gegengewicht zum Iran nicht mehr gibt. Viele arabische Beobachter rechnen im Falle einer Eskalation im Atomstreit damit, dass der Iran seine Waffen auch gegen die arabischen Nachbarstaaten einsetzen würde, um seine dominierende Rolle zu betonen.²

Im Folgenden soll primär der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise die angloamerikanische Invasion des Irak und der Sturz seines Langzeit-Diktators die labile Macht- und Sicherheitsarchitektur in dieser geopolitisch wichtigen, weil rohstoffreichen Region veränderten. Das Augenmerk liegt hierbei auf der Analyse der Konfliktlinien, dem Wandel der regionalen Ordnung und den geopolitischen Implikationen dieses Krieges für die gesamte Region. Geopolitik bezieht sich in diesem Subsystem der Weltpolitik in erster Linie darauf, wie Regierungen die „Verteilung von Macht jenseits ihrer Grenzen rezipieren, um die Voraussetzungen für eine an den jeweiligen nationalen Interessen ausgerichtete Außenpolitik zu schaffen“.³ Als Einstieg in das Thema bietet sich ein Rückblick auf die strategischen Rahmenbedingungen im Vorfeld des Irak-Krieges an.⁴

„Vorkrieg“ zum Irak-Krieg

Kaum ein arabischer Herrscher hat in den vergangenen 25 Jahren die sicherheitspolitische Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten mehr beeinflusst als der ehemalige irakische Staatspräsident Saddam Hussein und

¹ Tomas Avenarius/Paul-Anton Krüger, Wikileaks-Dokumente: Araber drängten zu Militärschlag gegen Iran, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 11. 2010, S. 6.

² Vgl. Tarek Dlimi, Strategische Paradoxien im neuen Irak?, in: Al Hayat vom 29. 12. 2010.

³ Peter J. Taylor, Geopolitische Weltordnungen, in: Welttrends, (1994) 4, S. 29. Vgl. ausführlicher zur Relevanzsteigerung des Vorderen Orients nach dem Irak-Krieg Volker Perthes, Die neue Zentralität des Nahen und Mittleren Ostens. Konsequenzen für Wissenschaft und Politik, in: Internationale Politik, (2004) 7, S. 49–52.

⁴ Eine aktuelle und fundierte Analyse des Irak-Krieges liefert Stephan Bierling in seinem kürzlich erschienenen Buch: Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten, München 2010.

seine „hoch personalisierte Diktatur“.¹⁵ Sei es der Krieg gegen den Nachbarn Iran in den Jahren von 1980 bis 1988 (während dessen das irakische Staatsoberhaupt noch auf die Sympathien und Unterstützung der westlichen Staatengemeinschaft zählen konnte), sei es sein wiederholt brutales Vorgehen gegen Teile der eigenen Bevölkerung und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen oder sei es die gewaltsame Annexion Kuwaits im Jahr 1990 – Saddam Hussein mutierte zusehends zum internationalen *outlaw*, der sich weder an völkerrechtliche noch an grundlegende menschenrechtliche Minimalstandards und Verpflichtungen hielt.

Trotz dieser in ihrer Brutalität im Nahen und Mittleren Osten weitgehend beispiellosen Einpersonendiktatur zeigt ein kurzer Blick auf die machtpolitische Entwicklung in der Golfregion seit dem Rückzug der Briten zu Beginn der 1970er Jahre,¹⁶ dass die vom Irak ausgehenden Kriege nicht allein mit der Aggressivität der panarabischen Ideologie der Baath-Partei, die Regierungspartei Saddam Husseins, zu erklären sind. Das Verhalten des Baath-Regimes wurde auch durch äußere Faktoren mitbeeinflusst wie etwa das nach dem Sturz des iranischen Schah-Regimes im Jahr 1979 entstandene Machtvakuum im fragilen Sicherheitssystem der Golfregion, aus dem sich für Bagdad vermehrt Handlungsmöglichkeiten ergaben.

Innerarabisch verschaffte die Isolation Ägyptens als Folge des Camp-David-Abkommens im Jahr 1979 und des aus ihm resultierenden Separatfriedens mit Israel dem irakischen Regime ausreichenden politischen Raum, um die Rolle der arabischen Führungsmacht für sich zu reklamieren. Die regionale Vormachtstellung des Iraks wurde dadurch vergrößert, dass das inzwischen zur arabischen Wirtschaftsmacht

¹⁵ Volker Perthes, *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*, Bonn 2005, S. 331. Vgl. zur Terror- und Schreckensherrschaft des Saddam-Regimes Samir al-Khalil, *Republik of Fear. The Politics of Modern Iraq*, Berkeley–Los Angeles 1990.

¹⁶ Damals entschieden sich die USA dazu, selbst in die von den Briten aufgegebenen Rolle des Stabilitäts- und Sicherheitsgaranten in dieser geostrategisch zentralen Region zu schlüpfen. Ihnen ging es in erster Linie darum, zu verhindern, dass andere Mächte wie etwa die Sowjetunion diese einflussreiche Rolle übernahmen. Vgl. Jamal Swidi, *Das Sicherheitsdilemma am Golf*, Abu Dhabi 1998, S. 465 ff.

aufgestiegene Saudi-Arabien auch nach dem Ende der ägyptischen Dominanz in der arabischen Welt darauf verzichtet hat, seine ökonomische Macht in politische Macht umzusetzen. Die saudi-arabische Machtelite hielt sich mit ostentativen gesamtarabischen Führungsansprüchen weitgehend zurück. Zu erklären war dieses Verhalten mit dem offensichtlichen Widerspruch in der saudischen (Innen-)Politik und den daraus resultierenden Glaubwürdigkeits- und Legitimationsdefiziten: Es verfolgte einerseits die materielle und ideelle Förderung einer dezidiert antiwestlichen Ideologie in Form des transnationalen Islamismus und andererseits eine prowestlich orientierte Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁷

Die Kombination der aus dem Ölexport erzielten Staatseinnahmen (Rentenökonomie) mit dem panarabisch-nationalistisch begründeten Modernisierungsprojekt der Baath-Ideologie hatte zu beachtlichen wirtschaftlichen Erfolgen geführt, so dass der Irak am Ende der 1970er Jahre zu einem industriellen Schwellenland und somit zu einer Art „arabisches Erfolgsmodell“ avancierte. Dabei profilierte sich der Baath-Irak mit Hilfe seiner radikal-aggressiven, antiisraelischen Rhetorik als Hort des Antiimperialismus und als angeblicher Beschützer der „arabischen Nation“ vor externen Feinden.

Irak-Krieg als „Akt imperialer Selbstbestätigung“ der USA

Anfang des Jahres 1991 gelang es der US-geführten internationalen Koalition mit einem Mandat der Vereinten Nationen, die irakische Armee – sie galt immerhin als die sechstgrößte der Welt – bei minimalen eigenen Verlusten zu besiegen. Der Militärschlag gegen den Irak zielte lediglich auf die Befreiung Kuwaits und auf die Vernichtung von Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen. Ein Sturz des Diktators stand damals noch nicht auf der Tagesordnung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Anders dagegen bei der Invasion im Jahr 2003, die explizit einen Regimewechsel zum

¹⁷ Vgl. J.E. Peterson, *Saudia Arabia and the Illusion of Security*, Oxford 2002; Alex Alexiev, *Ölmilliarden für den Dschihad*, in: *Internationale Politik*, (2004) 2, S. 21–30.

Ziel hatte. Herfried Münkler nennt drei Hauptmotive der Vereinigten Staaten für den Sturz Saddam Husseins: „Die Angst vor einer gefährlichen Überdehnung der Kräfte infolge eines dauerhaften militärischen Engagements in der Golfregion; die nicht mehr akzeptable strategische Zwickmühle des asymmetrischen Friedens, aus deren Beendigung für Saddam Hussein kein Machtzuwachs und für die Amerikaner kein Gesichtsverlust resultieren darf; schließlich die Sorge um die politische und wirtschaftliche Stabilität der gesamten Golfregion, die eine mit möglichst geringem Kostenaufwand betriebene Installation eines Prosperitätsregimes im Irak erforderlich macht.“⁸ Teile der US-Regierung wie auch andere Unterstützer des Feldzugs äußerten die Hoffnung, dass durch die Installation eines neuen, kooperationswilligen Regimes in Bagdad die vielzitierte notorische Entwicklungsblockade im Mittleren Osten, die sicherlich eine der wichtigsten Ursachen für die politische Instabilität der gesamten Region und deren Anfälligkeit für radikale Ideologien ist, aufgelöst werden könnte.⁹ Doch Kritiker der US-Transformationspläne bezweifelten deren Machbarkeit: Ihrer Meinung nach reduzierte „diese Sichtweise die Analyse der real existierenden Strukturen auf eine von der weltgesellschaftlichen Realität losgelöste imperiale Funktionsweise“ und vernachlässigte somit die regionalen Gegebenheiten des Nahen und Mittleren Ostens.¹⁰

Ein weiterer Grund für die Invasion im Irak, der offiziell, aber vor allem inoffiziell zu vernehmen war, war das Ziel der Bush-Regierung, die Erdöllieferungen für den Weltmarkt und damit die Energiesicherheit insbesondere der westlichen Industriestaaten zu sichern. Aus dieser Warte war der Irak für die USA in zweifacher Hinsicht von zentraler Bedeutung: Das Zweistromland wird

⁸ Herfried Münkler, *Der neue Golfkrieg*, Reinbek 2003, S. 124.

⁹ Vgl. Wolfgang Günther Lerch, *Neuordnung oder Selbstveränderung? Aus Anlass der Irak-Krise: Die Frage nach Wandel im Islam ist schon recht alt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 6. 8. 2003, S. 10. Vgl. zum Verhältnis zwischen Geopolitik und den Wesensmerkmalen der islamisch geprägten Länder Dan Diner, *Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt*, Berlin 2005, insb. Kapitel 2.

¹⁰ Vgl. Mohssen Massarrat, *Die Imperative des Imperiums*, in: *Der Freitag* vom 21. 3. 2003.

als eine bedeutende Quelle für die globale Energiesicherheit in den kommenden 25 Jahren gehandelt, wobei es bei dieser Frage nicht nur um irakisches Öl, sondern auch um den langfristig gesicherten Zugang zu den Ölreserven der gesamten Region geht. Robert James Woolsey, ehemaliger Direktor des Auslandsnachrichtendienstes der USA CIA, brachte dieses strategische Ziel unmittelbar vor dem Beginn des Krieges gegen den Irak mit folgenden Worten auf den Punkt: Es gehe „nicht nur um Amerikas Abhängigkeit vom Öl, sondern um die der ganzen Welt. (...) Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen. (...) Wir fangen jetzt mit dem Irak an.“¹¹ In diesem Sinne rechtfertigte auch Richard Herzinger den Irak-Krieg als „Instrument der Selbstbehauptung der westlichen Demokratien“ und „demokratischen Neokolonialismus“.¹²

Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass diese Argumente und Sichtweisen keine befriedigende Erklärung für die Kriegsentscheidung der Bush-Regierung liefern. So ist Stephan Bierling der Ansicht, dass weder der permanente Zugriff auf das irakische Öl noch der Schutz Israels (ein weiteres Ziel traditioneller US-Politik im Nahen Osten) noch neokonservative Neuordnungspläne der ausschlaggebende Grund für die Kriegsentscheidung waren. Er analysiert den Irak-Krieg vor dem Hintergrund des Schocks, den die US-amerikanische Gesellschaft durch die Anschläge am 11. September 2001 erlitt, und legt überzeugend dar, wie der enge Machtkreis um Präsident Bush nach diesen Anschlägen in einen Kreislauf von „Alarmismus, Selbsttäuschung und Allmachtsphantasien“ abglitt.¹³ Die Terroranschläge markierten einen Paradigmenwechsel in der Perzeption und der Bewertung sicherheitsrelevanter Parameter und wurden von vielen Analysten als Anfang vom Ende des klassischen Krieges – dem Krieg zwischen zwei Staaten – wahrgenommen. Die ein Jahr später folgende Nationale Sicherheitsstrategie der USA lieferte schließlich die erforderliche

¹¹ Zit. nach: Ernst Voit, *Geostrategische und ideologische Aspekte der EU-Integration Europas*, 2005, online: www.ag-friedensforschung.de/themen/Weltordnung/voit.html (31. 1. 2011).

¹² Ebd.

¹³ S. Bierling (Anm. 4), S. 7.

institutionelle Legitimierung für den Präventivkrieg gegen den Irak.¹⁴ Die Erfahrung, auf eigenem Territorium verwundbar zu sein, führte bei amerikanischen Entscheidungseliten zu einem Bewusstseinschock, weshalb der Irak-Krieg auch als „Akt imperialer Selbstbestätigung“ interpretiert wird.¹⁵ Nach dem Trauma durch die Terroranschläge auf die Symbole amerikanischer Macht wollte die US-Regierung unter George W. Bush ein Exempel statuieren, indem man der gesamten Staatengemeinschaft und speziell der „Achse des Bösen“ zeigte, dass die USA uneingeschränkt handlungsfähig seien und sich ihnen kein Staat ungestraft widersetzen könne. Sie waren zudem willens, auf Angriffe mit aller Härte zu reagieren. Der Irak rückte in den Fokus, weil er in dieser „Achse“ offensichtlich das schwächste Glied war.

Mit anderen Worten: Die „wahren“ Motive für diesen Interventionskrieg können nur durch die Verbindung zwischen einer in Sicherheitsbelangen sensibilisierten und daher auch gegenüber Manipulationen empfindlichen US-amerikanischen Öffentlichkeit auf der einen und der politisch-geostrategischen Ausrichtung relevanter Teile der US-Administration mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Machtkonstellation zur Herstellung regionaler Stabilität unter US-strategischer Hegemonie am Persischen Golf auf der anderen Seite hinreichend erklärt werden.

Geostrategische Revolution

Mehr als sieben Jahre nach der Invasion des Irak kann zwar von einem demokratischen Domino-Effekt im Nahen und Mittleren Osten keine Rede sein. Denn offensichtlich sind die neokonservativen Pläne zur gewaltsamen Neuordnung gescheitert, da fast alle arabischen Regimes in den darauffolgenden Jahren ihre autoritäre Herrschaft eher konsolidieren

¹⁴ Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA kann als *new defining moment* amerikanischer Weltpolitik im 21. Jahrhundert angesehen werden, da sie „einen wegweisenden Charakter für die amerikanische Politik in allen internationalen Feldern“ hatte. Vgl. Joachim Krause/Jan Irlenkaeuser/Benjamin Schreer, Wohin gehen die USA? Die neue nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: APuZ, (2002) 48, S. 40–46.

¹⁵ S. Bierling (Anm. 4), S. 100.

konnten. Arabische Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten beklagten zudem eine schwerwiegende Diskreditierung der demokratischen Ideen durch die ungläubwürdige Kriegs begründung und deren immensen politischen und legitimatorischen Kosten.

Aus geopolitischer Sicht stellen der Irak-Krieg 2003 und seine mittelfristigen Auswirkungen auf die labilen Machtstrukturen im Nahen und Mittleren Osten allerdings eine geopolitische Revolution dar. Denn zum ersten Mal seit dem Ende der Kolonial- und Mandatszeit wurde „ein arabischer Staat durch eine externe Macht erobert und besetzt, wobei die umliegenden Staaten hierbei keine nennenswerte Rolle spielten.“¹⁶ Unmittelbar nach dem Sturz Saddam Husseins kam es durch die unmittelbare Präsenz der US-Streitkräfte im Nachkriegs Irak zu einer strukturellen Machtverschiebung. Dies hat dazu geführt, dass „keine der potenziellen regionalen Vormächte – Ägypten, Saudi-Arabien und selbst Israel – (...) in der Lage sein [werde], die Region zu dominieren oder eine Stellvertreterrolle für die USA zu übernehmen.“¹⁷ Auf absehbare Zeit würde demzufolge kein Staat mehr die Rolle eines regionalen oder subregionalen Hegemons einnehmen können. Denn alle werden ihre Politik im Lichte der direkten Anwesenheit des neuen „Nachbarn“¹⁸ ausrichten müssen.¹⁹

Saudi-Arabien: Angesichts dieser Machtverschiebungen schien es, als habe vor allem das seit dem 11. September 2001 ohnehin innenpolitisch instabile Saudi-Arabien²⁰ seinen subregionalen Hegemonialstatus end-

¹⁶ Volker Perthes, Bewegung im Mittleren Osten. Internationale Politik und regionale Dynamiken nach dem Irak-Krieg, SWP-Studie, Berlin 2004, S. 7.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl. Salameh Nematt, Amerika als neuer Nachbar im Nahen Osten, in: Al Hayat vom 22. 11. 2006.

¹⁹ Vgl. V. Perthes (Anm. 16).

²⁰ Vgl. Guido Steinberg, Die innenpolitische Lage Saudi-Arabiens nach dem 11. September 2001, DOI-FOCUS, Februar 2003. Vgl. für ein differenziertes Bild vom puristischen Geist des Wahhabismus und dessen „Sendungsbewusstsein“, das sich im heutigen Erziehungssystem Saudi-Arabiens artikuliert, Michaela Prokop, Education in Saudia-Arabia – The Challenge of Reforming the System and Adapting the Message, in: Orient, (2002) 4; Abdella Eleanor Doumato, Manning the Barricades: Islam According to Saudia Arabia's School Textes, in: Middle East Journal, 57 (2003) 2.

gültig eingebüßt, den es während der 1970er und 1980er Jahre innehatte. Anzeichen dafür waren unter anderem darin zu sehen, dass sich die kleineren Staaten des Golfkooperationsrates wie der Jemen, die bis dato keine signifikante außen- und sicherheitspolitische Eigenständigkeit entwickelt hatten, zunehmend von Saudi-Arabien emanzipierten und eigene Kooperationsformen (beispielsweise mit den USA) vereinbarten. Doch auch Saudi-Arabien hat sich unter König Abdullah ibn Abd al-Aziz Al Saud in den vergangenen fünf Jahren von den USA merklich distanziert und eine aktivere Außen- und Regionalpolitik betrieben, da das Land sich gezwungen sah, die regionalen Gegner des Irans hinter sich zu bringen. Es wurde zur arabischen Führungsmacht wider Willen, denn nach außenpolitischer Verantwortung haben sich die Machteliten im Herzland des Islam nicht gerade bemüht. Zu groß waren die eingangs beschriebenen Legitimitätskonflikte und innenpolitischen Herausforderungen für die saudische Königsfamilie.

Im Gegensatz dazu hat Ägypten, die ehemalige „natürliche Führungsmacht“ der arabischen Welt, durch die Invasion der USA im Irak massiv an regionalem Prestige und Einfluss verloren. Heute spielt Kairo im Rahmen eines möglichen Aufbaus eines Sicherheitssystems am Persischen Golf oder einer Gesamtlösung für die nahöstliche Krisenregion keine nennenswerte Rolle. Auf das ressourcenarme, führungsschwache Land am Nil, dessen wirtschaftliche und politische Entwicklung seit drei Jahrzehnten stagniert, hört heute in der arabischen Welt fast niemand mehr. Vielmehr bemühen sich saudi-arabische Gesandte und Diplomaten um Ordnung und Krisenmanagement im Nahen und Mittleren Osten.^{F²¹}

Hegemoniale Konfrontation am Golf

„Im Nahen und Mittleren Osten geht ein Schreckgespenst um, das Schreckgespenst des Pan-Schiismus.“ So in etwa ließen sich die artikulierten Befürchtungen der überwiegend sunnitisch geprägten arabischen Staaten angesichts der Veränderungen in den regionalen Machtgleichungen paraphrasieren. Die

^{F²¹} Vgl. Loay Mudhoon, Saudi-Arabiens Rolle im regionalen Kontext, in: *Orient*, (2008) 2, S. 26–32.

als solche empfundene Allgegenwärtigkeit eines plötzlich auch politisch mobilisierten beziehungsweise mobilisierbaren^{F²²} schiitischen Islam in der Region – die durchaus auch von einigen westlichen Beobachtern wahrgenommen wird und in ihrer extremsten Form wohl Ausdruck findet in Prognosen wie etwa der, dass das 21. Jahrhundert als „das Jahrhundert der Schia“^{F²³} in die Geschichte eingehen werde – wird zurückgeführt auf die vermeintliche Fernsteuerung der Schiiten der Region durch die Islamische Republik Iran. Die regionale Stellung der weltweit einzigen schiitischen Theokratie wurde durch den Krieg gestärkt, da mit dem Sturz Saddam Husseins einer ihrer wichtigsten Gegner fiel. Die regionalen Auswirkungen des iranischen Einflusses zeigen sich vor allem im Libanon, wo die von Teheran unterstützte Hisbollah den stärksten Machtfaktor darstellt. Auch auf den Nahost-Konflikt versucht Iran, mittels seiner finanziellen Hilfen für die Hamas direkten Einfluss zu nehmen.

Der Angst vor einer iranischen Vorherrschaft in der Region verlieh der jordanische König Abdullah Ausdruck, als er vor der Entstehung eines „schiitischen Halbmonds“^{F²⁴} warnte, der sich vom Iran über den Irak bis in den Libanon erstrecke. Im September 2005 sagte der saudische Außenminister Prinz Saud al-Faisal, der Iran habe die Früchte der amerikanischen Invasion in Form von Macht und Einfluss geerntet, obwohl er nach wie vor der größte Feind der USA in der Region sei.^{F²⁵} Und im April 2006 erklärte der ägyptische Präsident Husni Mubarak, dass die „Loyalität der Schiiten in den arabischen Staaten“ beim Iran läge, statt bei ihren Heimatstaaten.^{F²⁶} Diese Aussagen sind exemplarisch für die Sichtweise weiterer Nachbarstaaten. Vor allem prägen sie die Sicherheitsperzeption der heutigen Machteliten in Saudi-Arabien und anderen kleinen Golfmonarchien, die

^{F²²} Vgl. Heinz Halm, *Die Schiiten*, München 2005, S. 121.

^{F²³} Katajun Amirpur, *Das Jahrhundert der Schia*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2005) 3, S. 263–266.

^{F²⁴} Zouheir Kseibati, *Die imperialen Träume Irans*, in: *Al Hayat* vom 24. 9. 2006, S. 8.

^{F²⁵} Zit. nach: Waldemar Hummer, *Ein Sieger, mit dem keiner rechnete. Paradoxerweise ist der größte Gewinner des Irak-Kriegs der Iran*, in: *Internationale Politik*, (2006) 3, S. 26.

^{F²⁶} Ebd., 26.

auf die Sicherheitsgarantien der USA angewiesen sind.

Politische Rolle der Schiiten im Irak

Die Zweifel an der Loyalität der Schiiten im eigenen Land sind nicht neu. Sie erhalten jedoch ihre enorme Brisanz zunächst durch die veränderten Machtverhältnisse innerhalb des Iraks: Die Schiiten, die mit etwa 65 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, erhielten nach dem Sturz des Saddam-Regimes erstmals auch ein politisches Gewicht, das den Mehrheitsverhältnissen Rechnung trägt.¹²⁷ Der iranische Einfluss zeigt sich etwa daran, dass viele Führer der großen schiitischen Parteien im Nachkriegsirak mehrere Jahre im iranischen Exil verbrachten, darunter auch der heutige irakische Premierminister Nuri al Maliki. Sogar vor einer Unterstützung des radikalen schiitischen Predigers Muqtada as Sadr, der sich zeitweise durch seine aggressive antiiranische Rhetorik auszeichnete, schreckt die iranische Führung nicht zurück. Auch an der Verhinderung einer neuen, von Iyad Allawi, dem Sieger der Parlamentswahlen im März 2010, geführten irakischen Regierung war Teheran maßgeblich beteiligt. Ali Larijani, der Präsident des iranischen Parlaments, hat sich persönlich eingeschaltet, um die verfeindeten schiitischen Parteien von al Maliki und as Sadr zur Zusammenarbeit zu bewegen.¹²⁸ Das dürfte daran liegen, dass „Allawi eine dezidiert säkular-nationalistische Politik vertritt und (...) große Teile der sunnitischen Bevölkerungsminderheit sowie die umliegenden arabischen Länder hinter sich [weiß]. Der Einfluss Irans würde unter seiner Regierung schwinden“.¹²⁹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Iran tatsächlich mittels seines Einflusses auf schiitische Parteien schon heute ein Bestandteil der politischen Eliten im Nachkriegsirak ist. Und obschon Großajatollah Ali al Sistani, einer der größten schiitischen geistlichen Autoritäten im Irak, auf der Unabhängigkeit der irakischen Schiiten beharrt,

¹²⁷ Vgl. Vali Nasr, *When The Shiites Rise*, in: *Foreign Affairs*, (2006) 4.

¹²⁸ Vgl. Birgit Svensson, *Der Iran kennt keine Grenzen*, in: *Sonntagszeitung* vom 31. 10. 2010, S. 15.

¹²⁹ Ebd.

ist der Einfluss Irans im Nachkriegsirak, insbesondere im Südirak, allgegenwärtig. Dies ist strategisch insofern außerordentlich wichtig, als es die amerikanischen Droh- und Handlungsoptionen gegen den Iran zur Eindämmung seiner atomaren Ambitionen in der militärisch-operativen Anwendungspraxis stark limitieren dürfte.

Ausblick: Konfrontation zwischen Saudi-Arabien und dem Iran

Die hegemoniale Konfrontation in der Golfregion zwischen Iran und Saudi-Arabien als Folge des Irak-Kriegs 2003 markiert den Anfang eines „Kalten Kriegs“ im Nahen und Mittleren Osten. Im Mittelpunkt steht die Tatsache, dass Saudi-Arabien ein Vakuum füllen müsste, das der amerikanische Einflussverlust infolge des Debakels im Irak hinterlassen hat. Doch Riad steht dem Aufstieg des Iran zu einer führenden Regionalmacht weitgehend hilflos gegenüber.¹³⁰ Die anderen führungsschwachen arabischen Staaten greifen notgedrungen auf die wieder erstarkte Türkei zurück, in der Hoffnung, den iranischen Einfluss, den Teheran über seine Stellvertreter und „trojanischen Pferde“ wie die Hamas und die Hisbollah aufgebaut hat, einzudämmen.¹³¹ Aus globalstrategischer Sicht lässt sich sagen: „Der Irakkrieg ist für die USA nicht zu dem von vielen prognostizierten Fiasko geworden, aber er bürdete Amerika hohe politische Kosten auf.“¹³² Am schwersten wiegt, dass die Bush-Regierung die moralische Kreditwürdigkeit und den politischen Führungsanspruch der USA aufs Spiel setzte – und ihre strategische Hegemonie im Mittleren Osten zugunsten regionaler Akteure verlor.

¹³⁰ Vgl. Guido Steinberg, *Saudi-Arabiens Außenpolitik unter König Abdallah: Wachsende Herausforderungen, begrenzte Handlungsspielräume*, in: *Qantara.de* vom 21. 6. 2010, online: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-1373/i.html (20. 1. 2011).

¹³¹ Vgl. Rainer Hermann, *Iranisches Großmachtgehabe am Golf*, in: *FAZ* vom 20. 5. 2010, S. 5.

¹³² Stephan Bierling, *Das Vermächtnis des Irakkriegs*, in: *Neue Züricher Zeitung* vom 16. 12. 2010, online: www.nzz.ch/nachrichten/startseite/das_vermaechtnis_des_irakkriegs_1.8696561.html# (18. 1. 2011).

APuZ

Nächste Ausgabe

10–11/2011 · 7. März 2011

Demografischer Wandel

Björn Schwentker · James W. Vaupel

Eine neue Kultur des Wandels

Tilman Mayer

Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?

Axel Börsch-Supan

Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels

Norbert F. Schneider · Jürgen Dorbritz

Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur

Hans Dietrich von Loeffelholz

Demografischer Wandel und Migration als Megatrends

Thomas Bryant

Alterungsangst und Todesgefahr – der Demografiediskurs

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
18. Februar 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelser Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- Henner Fürtig*
3–9 **Der Irak als demokratischer „Musterstaat“ in Nahost?**
Mit der Reduzierung der Kriegsgründe auf die Demokratisierung haben die USA Erwartungen geschaffen, die sie nicht erfüllen konnten. Neben der Demokratisierung sind ein offener Bürgerkrieg und eine neue konfessionelle Diktatur möglich.
- Karin Mlodoč*
11–17 **Vergangenheitsbewältigung im Irak**
Der Beitrag behandelt die anhaltenden Auswirkungen der Gewalt des Baath-Regimes. Angesichts ausbleibender Unterstützung und Anerkennung sowie politischer Instrumentalisierung entfremden sich die Opfer vom politischen Prozess.
- Birgit Svensson*
17–23 **Von Frühling und Herbst der Pressefreiheit im neuen Irak**
Mit Sorge werden die Diskussionen zur Verschärfung des Pressegesetzes verfolgt. Damit könnte die juristische Verfolgung von kritischen Journalisten weiter zunehmen. Noch fehlt das Verständnis für die Rolle der Medien bei der Meinungsbildung.
- Ferhad Ibrahim*
25–30 **Zerstörung der ethnischen und religiösen Vielfalt**
Angesichts der Anschläge verstärkt sich auch bei Angehörigen der kleineren Gemeinschaften der Wunsch nach neuen autonomen Regionen. Hinzu kommt eine verstärkte Auswanderungswelle von nichtmuslimischen Gruppen.
- James Dingley*
31–36 **Kurdistan zwischen Autonomie und Selbstverantwortung**
Offiziell wird die territoriale Einheit des Irak gewahrt. Demgegenüber stehen Autonomiebestrebungen der Kurden. Dennoch stellt sich die Frage, ob ein stabiler demokratischer Irak nicht ein besserer Ort zum Leben wäre als ein isoliertes Kurdistan.
- Lamis Andoni*
37–40 **Hat die arabische Welt den Irak vergessen?**
Der Fall Bagdads im Jahr 2003 schockierte die kollektive Seele der Araber. Acht Jahre danach zeigen sich die arabischen Öffentlichkeiten eher desinteressiert. Wie lässt sich ihre scheinbare Apathie gegenüber der Misere des Irak erklären?
- Loay Mudhoon*
41–46 **Aufstieg neuer Mächte in der Golfregion**
Am Persischen Golf kristallisiert sich eine Konfrontation zwischen Iran und Saudi-Arabien heraus. Saudi-Arabien versucht, ein Vakuum zu füllen, welches der US-amerikanische Einflussverlust infolge des Debakels im Irak hinterlassen hat.